

it) D
ická akademie
Praha II.
Hybernská ul. 7.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Refazanka 18 • Tel. 26793, 31409, Nachred. (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 37544

12. Jahrgang.

Samstag, 23. Juli 1932

Nr. 173.

Wie preußische Beamte jetzt lügen!

Wir gaben vorgestern die Nachricht wieder, die das Tschechoslowakische Pressbüro, unterrichtet von einer amtlichen preußischen Stelle, über die Schießerei im Straßener Jagdenlager verbreitete. Diese Nachricht schlug der Wahrheit ins Gesicht; ungefähr das Gegenteil von dem, was dort wiedergegeben wurde, hat sich wirklich ereignet.

Gestern brachten wir wiederum eine aus einer amtlichen preußischen Stelle gekommene Nachricht; deren Unwahrheit aus einer einwandfreien und genauen Darstellung des sozialdemokratischen Pressendienstes hervorgeht.

Nach dieser Darstellung hat den Amtsvorsteher des Ostseebades Ringler nicht ein Kommunist ermordet, sondern ein Nationalsozialist. Die Meldung des sozialdemokratischen Pressendienstes lautet:

Der langjährige Amtsvorsteher Roethur ist gestern gegen 22 Uhr im „Schützenhaus“ von einem Nationalsozialisten hinter rücks erschossen worden. Der Mörder, der etwa 22 bis 25 Jahre alt ist, verkaufte Hitlerpostkarten. Da er sich schon seit mehreren Tagen in Ringler aufhielt, verbat der Amtsvorsteher sich diesen Handel. Aus Wut darüber begab sich der Nationalsozialist in das „Schützenhaus“, wo er die Mordtat ausführte. Darauf flüchtete er in das Zentral-Hotel. Hier drückte er sich: „Nun habt ihr keinen Amtsvorsteher mehr, aber in drei Tagen regiert Hitler und dann werde ich begnadigt.“ Auf der Flucht konnte der Mörder dann festgenommen werden.

Die Nazipolizei, die es in einigen preußischen Orten gibt, bemüht sich, die Meinung des Herrn Papen von der Kulturmission der Nazi dadurch zu rechtfertigen, daß sie alle von dem braunen Mordgesindel begangenen Totschläge den Kommunisten in die Schuhe schiebt.

Ein feiger Naziüberfall.

Dresden, 21. Juli. Ein Reichsbannermann, der aus einer Versammlung heimkam, wurde von 4 SA-Leuten und 2 Zivilisten überfallen. Er erhielt einen Schlag gegen den Kehlkopf, so daß er die Sprache verlor und nicht um Hilfe rufen konnte. Dann wurde er unter Mißhandlungen in die Elbe geworfen. Nur dadurch konnte sich der Reichsbannermann retten, daß er sich an einem Kahn festhielt. Das Mordgesindel ergriff die Flucht in der Annahme, daß der Reichsbannermann ertrunken sei.

Gleichberechtigung oder ...!

Deutschland droht die Abrüstungskonferenz zu verlassen.

Genf, 22. Juli. (Wolff.) Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ist heute vormittags zu seiner, wie man annimmt, letzten Sitzung in diesem Tagungsabschnitt zusammengesetzt. Die Beratungen zeigten daselbe Bild wie gestern. Alle weitergehenden Anträge der russischen Delegation und der kleinen Staaten, die nochmals einen letzten Versuch machten, den Resolutionsentwurf in der Richtung einer wirklichen Abrüstung umzugestalten, wurden abgelehnt, bzw. gar nicht erst zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss beschloß, daß für die Ueberwachung der Abrüstungsbestimmungen eine ständige Abrüstungskommission eingesetzt werden solle.

Minister Benes plädierte einigemal für seinen Text, und in allen Fällen wurden sämtliche Punkte bereits am Vormittag mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Der deutsche Vertreter, Votschaster Radolny, gab eine Erklärung seiner Regierung ab, in der es heißt, eine weitere Mitarbeit Deutschlands an der Abrüstungskonferenz sei nur möglich, wenn die Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der zweifelsfreien Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen erfolgen.

Der Schluß der Aussprache ist für morgen vormittag zehn Uhr angelegt worden.

Genossinnen und Genossen!

Unser organisatorischer Apparat hat allen Stürmen der Zeit standgehalten. Trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben es alle Parteimitglieder als ihre vornehmste Pflicht angesehen, der Partei jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für die Schulung, für die Aufklärung der breiten Massen des arbeitenden Volkes, für die Agitation und für die Aufrechterhaltung des organisatorischen Apparates benötigt. Es war immer unser Stolz, unser Haus nur ausschließlich mit eigenen Mitteln zu bestellen. Diesem Grundsatz wollen wir auch weiterhin treu bleiben.

Wir gehen aber schweren Zeiten entgegen. Der sich seiner Verantwortung bewußte Parteivorstand erachtet es als seine Pflicht, die Parteimitgliedschaft auf diesen Umstand und die sich daraus für unsere Bewegung ergebende Situation aufmerksam zu machen. Die zu erwartende Zunahme der Arbeitslosigkeit im Herbst, die Tatsache, daß in einzelnen Organisationsgebieten schon heute fast ein Drittel des Mitgliederstandes durch die Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen ist und daß ein Großteil dieser Mitglieder bereits seit Monaten — einige von ihnen seit einem Jahre — keine Verdienstmöglichkeit mehr haben, diese Momente können für die Dauer nicht ohne Wirkung auf unsere Beitragseinnahmen bleiben.

Wir wollen uns deshalb einen Partellonds

schaffen. Es ergeht ein Appell an alle, die noch im ungeschmäleren Lohn- oder Gehaltsbezug stehen, sich zu einer freiwilligen monatlichen Spende an die Parteilassa zu verpflichten. Der Parteivorstand überläßt es jedem einzelnen Parteimitgliede, selbst die Steuer zu bestimmen, die es der Parteilassa zuführen will. Es soll ein Opfer in der Zeit der Not, zur Aufrechterhaltung der Schlagkraft der Partei sein.

Die Genossen werden sich bei Festsetzung dieser freiwilligen Beiträge vor Augen halten müssen, daß die Aufgaben, vor welche die Partei in der gegenwärtigen Zeit gestellt wird, außerordentlich groß und verantwortungsvoll sind. Jeder Tag stellt aber die Partei vor neue schwierige Aufgaben und kein Mensch vermag mit Sicherheit zu sagen, ob wir nicht schon in der allernächsten Zeit vor eine neue Kampfprobe gestellt werden.

Wir sind Augenzeugen eines gigantischen Kampfes, der sich im Weltmaßstab und der sich auch in der Tschechoslowakischen Republik zwischen Reaktion und Demokratie, zwischen der Sozialdemokratie und ihren Gegnern abspielt.

Wir müssen die Partei unter allen Umständen in die Lage versetzen, den kommenden Aufgaben gewachsen zu sein. Die Partei muß die Möglichkeit haben, ihre Agitation zu verdoppeln, die Aufklärung der Arbeiterklasse gerade mit Rücksicht auf die trampfhaftesten Bemühungen der Gegner noch viel intensiver zu betreiben und vor allem für die Erfassung der Jugend alle zweckdienlichen Vorkehrungen zu treffen.

Von der Sozialistischen Arbeiterinternationale geht uns auch die Aufforderung zu, für den Matteottifonds Sammlungen einzuleiten. Der Matteottifonds wurde vom IGB und der SAJ geschaffen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Bewegung in den Ländern ohne Demokratie zu unterstützen. Keiner

von uns wird sich dieser Verpflichtung entziehen wollen.

In Deutschland spielen sich Kämpfe ab, die von schicksalsschwerer Bedeutung für die Demokratie und für die Arbeiterklasse der ganzen Welt sind. Unsere spanische Bruderpartei hat bereits eine Sammlung zur Unterstützung unserer reichsdeutschen Genossen eingeleitet, die englische Arbeiterpartei hat gleichfalls ihre Solidarität bekundet. Wir wollen und können nicht hinter diesen Genossen zurückstehen. Wir alle wissen, warum es in Deutschland geht und wir wollen vor aller Welt aufzeigen, daß wir den schweren Kampf unserer Bruderpartei in Deutschland wenigstens materiell unterstützen wollen. Rudolf Breitscheid schreibt in einem Spezialartikel vom 9. Juli d. J. für die „Internationale Information“ u. a. folgendes:

„Der Akt der spanischen und englischen Genossen ist ein Beweis dafür, welche Bedeutung man unter den Sozialisten des Auslandes dem Kampf beimißt, in dem die deutsche Sozialdemokratie steht, wie sie mit gespannter Aufmerksamkeit die Vorgänge verfolgen und wie sie mit flammendem Herzen um den Sieg wünschen, der zugleich ihr Sieg wäre. Und in der Tat, es geht in Deutschland um alles, es geht um die Rechte, die Freiheit und das Leben der Arbeiterklasse, es geht darum, ob auch in diesem Lande mit seiner alten und starken Arbeiterbewegung der Faschismus triumphieren oder die Bahn für die Verwirklichung der sozialistischen Ideen freigemacht werden soll.“

Der Parteilonds soll uns in die Lage versetzen, den vorstizierten Aufgaben gerecht zu werden. Wir sind davon durchdrungen, daß die in ständiger Beschäftigung stehenden Parteimitglieder untereinander weiterwirken werden in dem Bestreben, der Partei rasch und ausgiebig zu helfen, der Partei die Möglichkeit zu geben, für alle sich etwa ergebenden Situationen gerüstet zu sein.

Die Einzahlung dieses Sonderbeitrages erfolgt unter Benützung eigener Erlagscheine direkt an die Parteilassa. Die Erklärungen, mit denen sich die Parteimitglieder zur Abfuhr des Betrages an den Parteilonds verpflichten sollen, werden der nächsten Nummer der „Freundschaft“ und „Gleichheit“ beiliegen. Die Erklärungen sind entweder direkt oder gesammelt im Wege der Lokalorganisationen an das Parteisekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Prag II, Refazanka 18, zu senden. Wir rechnen zuverlässig damit, daß uns alle Erklärungen bis zum 15. August zugehen werden. Den Parteimitgliedern, die sich zur Abfuhr eines Sonderbeitrages bereitfinden, geht dann ein Erlagschein zu, der erstmalig zur Ueberweisung mit 1. September zu verwenden ist.

Dem in der Zeit vom 30. Oktober bis 1. November stattfindenden Parteitag soll bereits der erste Ausweis des Parteilonds unterbreitet werden.

Der Parteivorstand ist davon überzeugt, daß sein Appell an die bewährte Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterklasse dieses Staates nicht wirkungslos verhallen wird. Die Parteimitgliedschaft wird getreu ihrer Tradition den Parteivorstand auch diesmal in die Lage versetzen, allen Aufgaben der kommenden Zeit gerecht werden zu können.

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Pressknebelung.

Berlin, 21. Juli. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg hat auf Grund der §§ 1 und 3 der Verordnung des Reichspräsidenten für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Erscheinen des „Berliner 8-Uhr-Abendblattes“ auf die Dauer von vier Tagen, und zwar für die Zeit vom 22. bis 25. Juli 1932 verboten. Dieses Verbot gilt auch für jede Zeitung, die als Ersatz für die verbotene herausgegeben

wird. Die Gründe für das Verbot liegen angeblich in einer Karikatur, die den Reichkanzler an einer besetzten Tafel darstellt, Wein trinkend und dabei Notverordnungen herausgebend.

Die „Nöte Fahne“ ist auf fünf Tage verboten worden.

Das Polizeipräsidium in Dresden hat die kommunistische „Arbeiterstimme“ bis einschließlich 31. Juli verboten.

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ in Stuttgart ist wegen eines Berichtes über eine Rede des Führers der Kommunisten, Thälmann, bis Mittwoch, den 27. Juli, verboten worden.

Die Unbelehrbaren.

Eine Rundfunkrede aus Moskau ließ die- ser Tage die Arbeiter Deutschlands und weit darüber hinaus aufhorchen. Es war am Tage vor der Errichtung der Militärdiktatur in Preußen, als ein unbekannter Redner auf der Moskauer Welle es als hoch an der Zeit erklärte, daß mit Rücksicht auf den nahen Entscheidungskampf zwischen den Arbeiterparteien ein Burgfrieden geschlossen werde. Alle christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter müßten einsehen, daß es um mehr als ein politisches Programm gehe, denn bei einem Siege des Faschismus würden die Arbeiter und die Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte hinaus geknechtet werden, darum ergehe an jeden Werktätigen der Ruf zur Einheitsfront. In der Rundfunkrede war nichts davon zu hören, daß die angeregte Einheitsfront eine solche sein solle, wie sie von den Kommunisten seit Jahr und Tag propagiert wird, das ist eine Einheitsfront gegen die sozialdemokratischen Führer und unter kommunistischem Kommando, vielmehr wurde ausdrücklich gesagt, keine Partei brauche ihre Selbständigkeit aufgeben, nur der Kampf untereinander habe bis zur Niederbringung des faschistischen Feindes zu ruhen.

Das schien eine andere Tonart, als man sie bis zum Uebel und zur Lächerlichkeit der kommunistischen Barden sonst von diesen zu hören gewohnt war und es gab viele Arbeiter, die aus dieser Rede glaubten Hoffnung schöpfen zu können. Wie, so frugen sie sich, ist man in Moskau endlich dahin gelangt, einzusehen, daß die unaufhörliche Schürung der Neße gegen die anderen proletarischen Parteien der Arbeiterbewegung schwersten Schaden zufügt und nicht einmal der kommunistischen Partei Nutzen bringt, da die ständige Beschuldigung der anderen sozialistischen Parteien noch lange nicht genüge, um die eigene Anziehungskraft zu steigern, wie sich die kommunistische Partei aus der Tatsache überzeugen kann, daß ihre Verteilungspolitik vielleicht dazu beitragen mag, irre gewordene Arbeiter ins faschistische Lager zu treiben, keineswegs aber durch sie geneigter werden, den kommunistischen Sirenenklängen zu folgen? Sieht die kommunistische Zentrale endlich ein, daß der unheilige Bruderzwist die stärkste Hoffnung der Gegenrevolution ist und daß jetzt, da die Gefahr aufs höchste gestiegen ist, niemand etwas anderes im Auge haben darf, als unter zeitweiliger Beiseitestellung aller Gegensätze die Kräfte zusammenzufassen, um den blutbesten Faschismus aufs Haupt zu schlagen?

Die Hoffnung, Moskau habe einen Kurswechsel vollzogen, hat sich als trügerisch erwiesen. Der Rundfunk mußte der Moskauer Rundfunkrede von vornherein starken Zweifel entgegenzusetzen, denn wenn die Moskauer Parteiführer ernsthaft daran denken würden, ihrer Heerschar in Deutschland anzubefehlen, ihre Hauptfront nicht mehr gegen die anderen proletarischen Parteien, sondern gegen den Sakentkruzfaschismus zu richten, dann hätte ein einfaches telephonisches Gespräch, eine Weisung an ihre Auftragnehmer in Berlin genügt. Um dem Zerstückelungswerk der Kommunisten an der Arbeiterbewegung Einhalt zu tun, dazu bedurfte es keiner Deklamationen im Rundfunk über die Notwendigkeit der Einheitsfront, es hätte genügt, sie zu machen. Aber auch sonst mußte man gegenüber der scheinbar so plötzlich in Moskau erwachten besseren Einsicht Reserve bewahren, denn erst wenige Wochen sind vergangen, seitdem der Führer der Kommunisten in Deutschland, Thälmann, den Sinn der „antifaschistischen Aktion“, zu der die sozialistischen Arbeiter gelockt werden, dahin auslegte, daß diese Aktion nichts anderes heiße, als „die unermüdbliche, tägliche Entlarbung der Verräterrolle der SPD. und des ADGB.“ Nur größter Optimismus konnte erwarten, daß die Kommunisten von ihrer kostbaren Entdeckung,

daß man den Faschismus am wirksamsten durch bekämpft, daß man die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften täglich in den Schmutz zerrt, drei Wochen nach vollzogener Entdeckung Abstand nehmen würden.

In der kommunistischen Presse, auch bei uns, wird nun großer Lärm darüber geschlagen, daß die Papen-Regierung beabsichtige, mit dem Verbot der kommunistischen Partei vorzugehen und tatsächlich hat der Reichsfinanzminister Neukirch gemeldet, aus denen auf diese Absicht geschlossen werden kann. Ein erster Schritt dazu wurde bereits mit der von der Berliner Polizei im Auftrage des Militärbefehlshabers durchgeführten Besetzung der Druckerei der „Roten Fahne“, deren Einstellung auf diese Weise erzwungen wurde, gemacht. Jeder mit normalem Verstand begabte wird nun annehmen, daß wenigstens jetzt, da der Feind nicht mehr vor den Toren steht, sondern bereits durch sie einzudringen beginnt, die kommunistische Partei von ihrer den Faschismus und Kapitalismus unterstützenden Politik und Taktik abgehen werde, um die eigene Existenz zu retten. Gesehlt! Die Parolenhändler bleiben bei ihrer Verbotsheit. Nachdem sie durch ihre Wahnsinnspolitik neben ungeheueren anderen Schäden auch noch den gestiftet haben, daß sie redlich dazu beigetragen haben, der Reaktion den Vorwand zu ihrem Putz in Preußen zu liefern, spielen sie das Spiel der Feinde der Arbeiterklasse unentwegt weiter. Die preussische Regierung wird von der Militärdiktatur brutal auseinandergeprengt — tut nichts, die Sozialdemokraten und ihre Gewerkschaften sind doch, wie es im Reichsberger „Vorwärts“ heißt, eben bereit, die „Einheitsfront von Hitler bis Wels“ zu errichten. Die Anrufung des Staatsgerichtshofes wird von demselben Blatt als ein Beweis dafür erklärt, daß die SPD und der ADGB „ihre neuen Helferdienste für die faschistische Diktatur der Herren Schleicher und Hitler dokumentieren“ und schließlich wird die Weigerung der sozialdemokratischen Partei, der kommunistischen Generalsstreikparole zu folgen als die bewusste Absicht erklärt, dabei mitzuwirken, daß den deutschen Werktätigen die faschistischen Fesseln angelegt werden. Nichts wäre den Papenkreuzlern erwünschter, als wenn die Sozialdemokratie den kommunistischen Parolenfabrikanten folgen würde, es wäre dann der gesuchte Vorwand gefunden, die Reichstagswahlen nicht stattfinden zu lassen, um die Abrechnung zu vermeiden und sich in der Diktatur dauernd einzurichten. Mögen die Kommunisten, in der Sucht immer anderes zu wollen als die Sozialdemokraten, sich dahin betätigen, der Reaktion den Vorwand zu liefern, die Sozialdemokraten geben sich nicht dazu her und sie werden wie immer, so auch diesmal, sich ihre Kampfstärke weder von den Massenfeinden noch von den Kommunisten vorschreiben lassen. Sie werden darin nicht einmal dadurch irre werden, daß sich der „Vorwärts“ als Schwurzeugen für die Nichtigkeit der kommunistischen Taktik auf — das „Prager Tagblatt“ beruft und die Verfasser dieses Prager Bourgeoisblattes als „politisch denkfähig“ erklärt, während er den sozialdemokratischen Führern ebenso selbst-

verständlich diese politische Denkfähigkeit abspricht, worauf nur zu entgegnen ist, daß wohl der „Vorwärts“ nicht aber wir danach geizen, uns mit dem „Prager Tagblatt“ und mit seinem Herrn Dr. Bill auf einer Linie zu finden.

Die Kommunisten offenbaren also auch weiterhin ihren Ehrgeiz, unbeschreiblich zu bleiben und zu beweisen, daß die Moskauer

Rundfunkrede eine Täuschung war. Die kommunistischen Arbeiter, aber, in deren Reihen sicher viele sind, die den Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte ohne jeden Hintergedanken als höchstes Gebot der Stunde ansehen, werden, wenn das ersehnte Ziel erreichen wollen, erkennen müssen, daß es dahin keinen anderen Weg gibt, als in die Kampfreihen der Sozialdemokratie einzutreten.

Udržal beruhigt. Presseempfang beim Ministerpräsidenten.

Prag, 22. Juli. Vertreter der Presse gab Ministerpräsident Udržal gestern eine Darlegung der politischen Lage und der nächsten Aufgaben, welche der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften gestellt sind. Seine Ausführungen entbehrten, soweit sie sich auf das kommende Programm bezogen, fast völlig präziser Formulierungen, soweit sie die letzten innerpolitischen Ereignisse betrafen, waren sie darauf gerichtet, die Einigkeit in der Regierung zu betonen, die staatsnotwendigen Maßnahmen vorzubereiten, und die Meinungen über Risse in der Koalition abzuschwächen.

Es wäre vollkommen überflüssig, erklärte Udržal, verheimlichen zu wollen, daß in den letzten Tagen mit Schwierigkeiten gekämpft wurde, welche sich immer einstellen, wenn um bedeutsame Probleme gerungen wird. Er konstatierte aber, daß es sich um keine Differenzen innerhalb der Regierung noch um einen Zerfall der Koalition handle und daß die Regierung einig sei in ihrer Anschauung auf aktuelle Notwendigkeiten.

Die Regierung müsse noch einige administrative Angelegenheiten zu Ende führen und die Lösung der Staatsnotwendigkeiten vorbereiten. Das betrifft vor allem die Getreideverteilung, welche tatsächlich schon beschlossen und vorbereitet ist. Die Regierung wird alle Vorkehrungen treffen, um den Landwirten, soweit dies menschliche Kraft vermag, einen solchen Wert ihrer Arbeit zu sichern, so daß sie leben und leben lassen können.

Gegenwärtig ist die Hauptaufgabe der Regierung, der Staatsvoranschlag. Hier liegen die Schwierigkeiten darin, daß viel gestrichen werden muß. Das wird vielfach sehr schmerzhaft sein, da es den Verzicht auf vieles bedeutet, woran wir uns gewöhnt haben und das zu den Attributen unseres Lebensniveaus gehört hat. Die Regierung aber ist fest entschlossen, um jeden Preis das Gleichgewicht des Budgets und die

bisherige Stabilität der Währung aufrechtzuerhalten, weil sich nur auf diese Weise die feste Grundlage für die Rückkehr in das normale Wirtschaftsleben bildet, das sich wieder einstellen muß, sobald die Welt die Fesseln der Antarktis abgestreift haben wird, in die sie durch die Krise gedrängt worden ist. Für die Regierung gilt ein einziges Gesetz: Sparen an allen unproduktiven Ausgaben und alle Kräfte anzuspinnen, damit die Produktion nicht ganz untergraben werde. Als wirksamstes und hinreichendes Mittel zur Belebung der Produktion erachtet die Regierung die Herabsetzung des Zinsfußes.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, welche die Absperrung der Staaten von einander zur Folge hatte, zwingt die Tschechoslowakei, ihren wirtschaftlichen Mechanismus umzubauen. Um diesen Prozeß zu überdauern, ist vor allem Vertrauen notwendig, dessen Fehlen die Situation oft schwerer macht als es notwendig ist. Das beweisen die Verhältnisse auf dem Geldmarkt. Wäre mehr Vertrauen da, hätten wir es nicht nötig, Geld im Ausland zu suchen, während es im Inland thesauriert wird. Die Thesaurierung ist bei uns vollkommen unbegründet, denn die tschechoslowakische Krone ist eine der sichersten Wäluungen und durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bei uns vollkommen gesichert.

Durch die Unterstützung der Arbeitslosen erfüllt der Staat eine Verpflichtung, die Arbeitsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Volksganges zu erhalten. Es wäre zwecklos, wenn nur ein Teil leben sollte, weil er arbeiten kann und daneben andere zu Grunde gehen müßten, weil sie nicht arbeiten können. Darum ist es unbedingt notwendig, daß alle Schichten zusammenarbeiten. Nach den Ferien, erklärte der Ministerpräsident zum Schluß, wird die Regierung und das Parlament in der für kurze Zeit unterbrochenen Arbeit mit größerer Energie als vorher fortfahren.

Neue Wege unserer Eisenbahnen. Exposé Minister Nolas im Verwaltungsausschuß der Staatsbahnen.

Eisenbahnminister Ing. Šála hielt gestern vor dem neuernannten Verwaltungsausschuß der Staatsbahnen ein Exposé, in welchem er sich vor allem mit den aktuellen Reformarbeiten seines Ressorts beschäftigte. Er gab mit Anerkennungswürdiger Offenheit zu, daß die Kritik, welche an der langsamen Anpassung der Staatsbahnen an die veränderten Verhältnisse geübt wird, im Grunde oft nicht unberechtigt ist. Von den akuten Problemen hob der Minister als erstes die Organisierung des Werbedienstes hervor. Alle Stationen sollen sich künftighin auch mit dieser Aufgabe befassen. In den größeren Stationen werden besondere Büros er-

richtet werden, welche der Bahn jene Transporte zu gewinnen haben werden, die sonst an andere Verkehrsmittel verloren gehen. Gleichzeitig sollen sie die Zufuhren von und zur Bahn übernehmen. Der Anfang wird bereits am 1. August am Prager Majarvřbřhnhof gemacht und sobald als möglich wird die neue Institution auf allen anderen Stationen eingeführt werden. In Erwägung gezogen wird auch die Errichtung von Stückgut zusammenstellern außerhalb der Bahnhöfe, vor allem im Zentrum großer Städte und in Stadtteilen mit starkem Geschäftsverkehr; aus diesen Sammelstellen würde die Bahn den Transport mit Autos auf die Bahnhöfe besorgen und so durch Erleichterungen für die Interessenten den Bahntransport fördern.

Einer Forderung der letzten Entwicklung entsprechend werden die Staatsbahnen an den

Ausbau eines eigenen ausgedehnten Unternehmens für Personen- und Gütertransport auf den Straßen schreiten. Neben dem regelmäßigen Verkehr wird auch der Transport auf besondere Bestellung, einschließlich Expeditionsdienst, berücksichtigt werden. Von jenen Lokalbahnlinien, welche mit unangenehmem Aufwand und ohne den Anforderungen zu entsprechen arbeiten, wird der Transport nach und nach auf die Straßen überführt werden.

Als weitere wichtige Aufgabe führte der Eisenbahnminister die Durchrechnung der Tarife an. In technischer Beziehung ist die Durchrechnung zwar vorbereitet, ungelöst ist bisher aber die finanzielle Frage, da infolge dieser Maßnahme ein Abgang von ungefähr 50 Millionen Kronen entstehen würde.

Neben diesen Aufgaben wird weiterhin der Vereinfachung und wirtschaftlicheren Führung der Eisenbahnverwaltung ein ständiges Augenmerk gewidmet. In der Zusammenlegung, welche mit der Aufhebung einer Prager Direktion und zweier Departements im Ministerium begann, soll fortgesetzt werden.

Ein vernünftiger Erlass des Justizministers.

Das Justizministerium hat in den letzten Tagen einen Erlass an alle Staatsanwaltschaften herausgegeben, in dem auf die bisherige, den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechende Praxis betreffend die Handhabung des sogenannten Vagabundengesetzes aufmerksam gemacht wird. Nach dem heute schon veralteten und unbrauchbaren Gesetz kann wegen Bettelerei und Vagabundentum jedermann angehalten und bestraft werden, der sich nicht mit einem „ordentlichen Erwerb“ ausweisen kann. Daß diese gesetzliche Bestimmung in den Zeiten der heute herrschenden Arbeitslosigkeit vollkommen unhaltbar ist, liegt auf der Hand, und es wurde auch in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß Staatsanwaltschaften und Sicherheitsbehörden überhaupt keine Unterscheidung getroffen haben zwischen notorisch Arbeitslosen und den bedauerlichen Opfern der Krise.

Das Justizministerium hat nun in seinem letzten Erlass ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei Handhabung des alten Gesetzes sehr sorgfältig darauf zu achten ist, ob der Angehaltene notorisch arbeitslos oder infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse um seine Existenz gekommen ist. In allen Fällen der Anwendung des sogenannten Vagabundengesetzes wird in Zukunft sorgfältig erforscht werden müssen, aus welchem Anlaß der sogenannte Delinquent arbeitslos geworden ist, die Staatsanwaltschaften werden strenge angehalten, die Vergangenheit des Angeklagten zu erforschen und nur in jenen Fällen, da es zweifellos um ein notorisch arbeitsloses Individuum geht, die Anklage zu erheben. Der Erlass ist in jeder Hinsicht zu begrüßen; die Öffentlichkeit erwartet von den Staatsanwaltschaften, daß sie ihn bedingungslos respektieren und die unsozialen Gesetze der monarchistischen Ära in Zukunft nicht mehr rückwärts und ungerecht anwenden werden. Natürlich konnte der Justizminister im Rahmen der bestehenden Gesetze nicht durch eine Verordnung ein Gesetz abschaffen, das reichlich überflüssig ist und dem demokratischen Staat in keiner Weise dienen kann, weil die übrigen strafrechtlichen Bestimmungen genügend Handhaben gegen gesellschaftsfeindliche Elemente geben. Immerhin ist mit diesem Erlass ein begrüßenswerter Schritt zur Demokratisierung der Justiz getan worden, ein Schritt, der durch die unmögliche Praxis des Justiz- und Polizeiapparates notwendig geworden ist.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

„Ich möchte vorausschicken“, sagt er, „daß unsere Unterhaltung keineswegs dienstlichen Charakter trägt. Ich möchte mich rein privat von Mensch zu Mensch mit Ihnen über gewisse Schwierigkeiten unterhalten, die sich unserer Zusammenarbeit entgegenstellen. Ich möchte damit vermeiden, daß Sie eines Tages unvorbereitet vor Härten stehen, die sich abzuwehren lassen, indem man sie vorzeitig erwägt.“

Ich sehe ihm starr ins Gesicht. „Es handelt sich da um pekuniäre Sorgen in einer Linie. Sie wissen, wir sind auf Unterstützungsgelder angewiesen. Die Industrie ist in ihrer Freigebigkeit beträchtlich eingeeengt. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Wir werden uns künftig nach jeder Richtung hin einschränken müssen.“

Jetzt kündigt er mir. Mein Gott, jetzt kündigt er mir!

„Über diesen Punkt, um auf den Kern meiner Rede zu kommen, ist bei der letzten Vertrauenssitzung eingehend debattiert worden. Um unsern Willen zur Sparsamkeit zu bekunden, haben wir uns unter anderem auch bereit erklärt, die Gehälter zu reduzieren. Selbst diese relativ geringen Summen fallen schon ins Gewicht (bei achtzigtausend Mark, die unser Betrieb jährlich verschlingt!). Kurz und gut, Fräulein Brückner, wir sehen uns vor die Frage gestellt, Ihr Gehalt auf hundertfünfundsechzig Mark zu ermäßigen.“

Höre gut zu, ermahne ich mich, umbraust vom Hohn über die umständlichen Windungen. Gib gut acht und merke auf das Verborgene, auf den geheimen Untersinn, den du finden mußt, je mehr man ihn verschleiert. Es wäre mir lieber, ich brauchte mich jetzt

nicht zu äußern, aber Maßmann wartet so offenbar auf eine Antwort, einen Protest wahrscheinlich, daß ich mich nach irgendeiner Seite hin entschließen muß.

„Sie sprachen von Gehältern, Herr Doktor. Ich gebe doch wohl recht in der Annahme, daß es sich nicht um mein Gehalt allein, sondern beispielsweise auch um das Ihre und das von Fräulein Hultsch handelt?“

Er unterzieht die Einlage des Metallineals einer eingehenden Prüfung.

„Ich weiß nicht, Fräulein Brückner, ob ich Verantwortung habe, Ihnen hierauf eine eindeutige Antwort zu geben. Sie werden einsehen, daß es unmöglich ist, Fräulein Hultschs längliches Gehalt auch nur um einen Pfennig zu kürzen. Im Gegenteil! Ich sehe mich veranlaßt, eine geringfügige Aufbesserung für sie zu beantragen (meine fünfundsiebzig Mark, ich verstehe), so daß eine gewisse Angleichung in den Gehältern geschaffen wird, eine Angleichung, die bei der Gleichwertigkeit Ihrer Arbeitspflichten nicht mehr als gerecht erscheinen kann, wobei ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß es Ihnen bei weiterer Mitarbeit gelingen möge, uns eine ähnlich wertvolle Stütze zu werden, wie Fräulein Hultsch es heute für uns ist.“

Der Hieb sitzt. Ruhig bleiben. „Weitere Mitarbeit“ hat er gesagt. Er kündigt mir also nicht. Er kündigt mir nicht. Er kündigt mir nicht!

Aber da ist etwas, das dennoch gesagt sein möchte.

„Herr Doktor, ich weiß nicht, wodurch ich so viele Kränkungen verdient habe. Es sind harte Zeiten, die ich hier durchmache. Verzeihen Sie bitte, ich will nicht klagen. Ich möchte nur klar sein in einem Punkte, über den ich mir nun seit Monaten den Kopf zerbrochen habe. Geben Sie mir eine eindeutige Antwort auf eine eindeutige Frage: Welche Gründe konnten Sie unmittelbar nach meiner Einstellung bewegen, allen Zugeständnissen zuwider, die mir bei meinem

Engagement gemacht worden waren, mich auf dem denkbar niedrigsten Arbeitsniveau zu halten? Es wäre doch eine Kleinigkeit für Sie gewesen und stand ohne Frage ursprünglich im Programm, die Differenz zwischen meinem und Fräulein Hultschs Gehalt durch eine streng voneinander getrennte Arbeitsbasis zu rechtfertigen.“

Maßmann starrt zum Fenster hinaus. Das Lineal liegt jetzt still in seiner Hand. Denkt er überhaupt?

„Ja, Fräulein Brückner“, er wendet nicht den Kopf, spricht hinaus zu den lauten Bäumen des Vorgartens. „Da sind höhere Gewalten im Spiele. Wir befinden uns, wie Sie ja wissen, noch im Entwicklungsstadium und manches, was wir planen, muß als undurchführbar aufgestellt werden. Was uns vorschwebte, als wir Sie engagierten, läßt sich im Rahmen unserer Arbeit nicht durchführen. Was wir heute brauchen, ist lediglich eine zweite Maschinenreiberin, unbeschadet der höheren Rechte. Die Fräulein Hultsch aus ihrer längeren Mitarbeit zuziehen.“

„Herr Doktor, ich bin gern bereit, als zweite Schreibkraft weiter zu fungieren. Aber bitte, geben Sie mir die Gelegenheit, Ihnen zu beweisen, daß ein fruchtbares Arbeitsfeld, ähnlich dem, das mir vorschwebte, ehe ich kam, bei uns brach liegt. Lassen Sie mich heran an die Arbeit, richtiger: verwehren Sie mir diese Arbeit nicht. Ich bitte Sie inständig, überlassen Sie mir die Auswertung der Erfahrungsberichte. Ich werde eine Broschüre zusammenstellen. Photos, die hineinpassen, habe ich bereits ausgewählt. Ich habe auch schon ein Vorwort entworfen. Es würde eine eindrucksvolle Werbeschrift abgeben, die wir sehr wohl gebrauchen könnten.“

Er lächelt, daß seine zähen, groben Zähne bloßliegen.

„Ich glaube, Fräulein Brückner, Sie geben sich da ganz unnötigen Illusionen hin.“

Es klingt zweideutig. Oder bin ich überhörig?

Mein Herz fängt an zu rasen. Ganz nahe gerückt ist plötzlich die Entscheidung. Ich mag ihr nicht mehr ausweichen. Ich trete mitten hinein.

„Dann gestatten Sie mir, bitte, eine letzte Frage. Dieses Angebot von hundertfünfundsechzig Mark, das Sie mir machen, ist es — ehrlich gemeint, oder ist es nur ein Vorwand, um mich zu entfernen? Bitte, sagen Sie mir, ob die Geschäftsführung hofft, daß ich nicht akzeptiere.“

„Aber keine Spur! Aber Fräulein Brückner! Ich begreife nicht, wie Sie zu einem solchen Schluß kommen können. Wenn wir Ihre Mitarbeit nicht länger wünschen, könnte es keinen Grund geben, unumwunden eine Kündigung auszusprechen. Sie haben sich jetzt eingearbeitet. Wir haben, wie Sie wissen, alle Hände voll zu tun. Nicht nur, daß wir Ihren Austritt keineswegs wünschen, wir würden ihn geradezu bedauern.“

Ich zergrübele eine ganze Nacht, wälze mich zwischen Hoffnung und Verzweiflung.

Ich habe ausgepaßt und dennoch das Verborgene nicht gehört. Es waren lauter Schleichwege und nun bin ich wieder im Begriff, ihnen zu trauen.

Aber was er zuletzt sagte, das trug doch Verantwortung. Er ist ein Mann von Bildung und steht an hervorragender Stelle in einer Organisation, die ethische Ziele verfolgt. Er ist im Begriff, eine Karriere zu machen, seine Entsendung nach Chile beweist es. Er ist ein Mann ohne Frage, der neben dem Kompaß des klaren Verstandes den subtileren des empfindlichen Gewissens hat und das Schwergewicht einer bewußten Täuschung kennen sollte... Wo wäre ein Grund, ich ringe um eine Begründung, mich heute noch zu täuschen, wenn morgen die Wahrheit unweigerlich zutage treten muß. Denn was der fünfzehnte Feber bringt, ist heute bereits eingeschrieben.

(Fortsetzung folgt.)

Papen vor den Ueberwachungsausschuß zitiert.

Aufhebung der Notverordnung en beantragt / Ausschubvorsitzender Strasser abgesetzt / Meritorische Verhandlungen Montag

Berlin, 22. Juli. Heute nachmittags trat der Ueberwachungsausschuß des Reichstages zusammen, dem in der Zwischenzeit zwischen der Reichstagsauflösung und den Neuwahlen die Befugnisse des Reichstages zuzuteilen. Da sich der Vorsitzende, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Strasser, weigerte, den Ausschuß einzuberufen, berief das älteste Ausschußmitglied, der Sozialdemokrat Heilmann, den Ausschuß für heute 8 Uhr nachmittags ein.

Der Sitzung waren außer den Nationalsozialisten auch die Vertreter der Deutschnationalen, des Landvolks und der deutschen Volkspartei ferngeblieben. Reichstagspräsident Loebe nahm an der Sitzung teil. Ein Vertreter der Reichsregierung war nicht anwesend, dagegen waren einige Gesandte von Länderregierungen erschienen.

Zum Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Högnert-München (Sozialdemokrat) gewählt, der die Leitung des Ausschusses übernahm. Die Frage der rechtmäßigen Einberufung des Ausschusses wurde von einem volkonservativen Abgeordneten aufgeworfen. Reichstagspräsident Loebe erwiderte, daß der Ausschuß auf Ersuchen der Mehrheit der Mitglieder einzuberufen worden sei, nachdem festgestellt, daß der Vorsitzende aus politischen Gründen die Arbeit sabotiere.

Nach Schluß der Geschäftsordnungsdebatte stellte der Vorsitzende fest, daß von keinem Redner die Rechtmäßigkeit der Einberufung angezweifelt wurde.

Der Ausschuß nahm sodann mit allen Stimmen gegen eine Antrag an, durch den der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Strasser (Nationalsozialist), abberufen wird.

Zur Beratung des vom Ausschuß vorliegenden Antragsmaterials wurde beschlossen, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister vor den Ausschuß zu zitieren. Die Sitzung wurde für kurze Zeit unterbrochen, um der Regierung von dem Beschluß Kenntnis zu geben.

Sozialdemokraten und Zentrum haben inzwischen übereinstimmende Anträge eingebracht, wonach der Ausschuß von der Reichsregierung die Außerkräftsetzung der Notverordnungen über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und über die Verhängung des Ausnahmezustandes verlangt. Darüber fordern die beiden Parteien

die Aufhebung der beiden Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen und die Sozialdemokraten auch die Aufhebung der Notverordnungen über die Arbeitslosenhilfe und Rechtspflege.

Ein Antrag der bayerischen Volkspartei verlangt die Aufhebung der zweiten politischen Notverordnung, die das Uniformverbot aufgehoben hat. Die Kommunisten verlangten die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Ferner liegt dem Ausschuß ein Zentrumsantrag vor, der die Reichsregierung ersucht, angeht die zunehmenden Verrohung und Verwilderung des politischen Kampfes die Wahlfreiheit unbedingt zu sichern. Um das zu erreichen, wird die Reichsregierung aufgefordert, ein allgemeines Verbot für Parteiformen zu erlassen, eventuell für den Wahltag selbst und dem Tage vor den Wahlen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung verlas Reichstagspräsident Loebe einen Brief des Staatssekretärs Dr. Plana. Darin wird mitgeteilt, die Reichsregierung sei bereit, sich an den Beratungen des Ausschusses zu beteiligen, soweit der Gegenstand der Beratungen sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Ausschusses halte. Der Staatssekretär bittet um Zuleitung der Ausschußanträge und um rechtzeitige Einladung der Reichsminister zu der nächsten Sitzung des Ausschusses.

Reichstagspräsident Loebe fügte hinzu: Aus diesem Schreiben gehe hervor, daß auch die Regierung das Recht des Ausschusses, zu beraten und Beschlüsse zu fassen und die Rechtmäßigkeit seiner Einberufung nicht bezweifle.

Der Ausschuß lehnte es dann einstimmig ab, daß die Reichsregierung ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig mache. Von Seite des Zentrums wurde noch erklärt, der Antrag auf Aufhebung von Notverordnungen stelle nur eine Aufforderung an die Reichsregierung dar. Die Sozialdemokraten hielten jedoch an ihrer Auffassung fest,

daß die Regierung sich mit der Verfassung in Widerspruch setze, wenn sie dem Verlangen des Ausschusses, eine Notverordnung aufzuheben, nicht nachkomme.

Der jede Bindung ablehnende Beschluß des Ausschusses und der Termin der nächsten Sitzung, nämlich Montag nachmittags 2 Uhr, werden nunmehr dem Reichskanzler mitgeteilt, der telephonisch für die neue Sitzung sein Erscheinen zusagen ließ.

Gemeinsame Beratungen mit den tschechischen Genossen

Gegen das Vorgehen der Agrarier. — Für Abkürzung der Parlamentsferien und schnellste Lösung der dringenden Aufgaben. Sympathiekundgebung für die SPD.

Prag, 22. Juli. Heute fand unter Vorsitz der Abgeordneten Genossen Tomásek und Taus eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie mit den Vorständen der parlamentarischen Klubs dieser beiden Parteien statt. Nach den Referaten der Minister Genossen Běchyň und Dr. Čech über die innere Situation, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und über die Vorgänge im Auslande wurde eine ausführliche Debatte abgeführt, an der sich die Genossen Dondr, Dr. Soukup, Píł, Pohl, Erba, Dr. Witt, Tauerle, Jímal und Chalupa beteiligten.

Mit Entrüstung wurde es in der Debatte namentlich verurteilt, daß durch die Reichsregierung der beiden Agrarparteien, der tschechischen wie der deutschen, in den letzten Tagen die Tagung der Nationalversammlung, die Genehmigung des Gesetzes über die Beiträge der Arbeitgeber für Arbeitslosenzwecke und die Lösung einiger Fragen wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Charakters, sowie auch die Annahme des Gesetzes über die Spar- und Kontrollkommissionen vereitelt wurde, wodurch es den beiden Häusern des Parlaments und der Regierung unmöglich gemacht wurde, die Arbeiten nach dem vorher vereinbarten Plan zu vollenden.

Die Sitzung beschloß, sich dafür einzusetzen, daß die Ferien der Nationalversammlung nur so kurz wie möglich seien und daß nach

den Ferien die unerledigten Vorlagen und Fragen so schnell wie möglich gelöst werden, wie dies die wirtschaftliche Situation des Staates, die Produktions- und die soziale Krise erfordern.

Hierauf wurde ausführlich über die Vorfälle in Deutschland und über die gesamte außenpolitische Situation debattiert. Es wurde beschlossen, der reichsdeutschen Sozialdemokratie eine Kundgebung der Sympathie in ihrem schweren Kampf gegen die Reaktion und für die demokratisch-republikanische Verfassungsmäßigkeit zu senden. Die Arbeiterchaft beider Bruderparteien in der Tschechoslowakischen Republik wird zur Bereitschaft für alle Eventualitäten in der Innen- und Außenpolitik aufgefordert und der heutigen Situation entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Die Sitzung hat sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die unumgänglich notwendigen Aufgaben und Aktionen zur Lösung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit durchzuführen, wobei sie die Notwendigkeit eines planmäßigen Vorgehens zum Zwecke der Hebung des Abfluges und der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, der Vermehrung der Baubewegung und der Investitionsarbeiten betonte.

Endlich wurde beschlossen, in den heutigen außerordentlichen Zeiten öfters gemeinsame Beratungen abzuhalten.

Nieder mit den Mördern Matteottis!

Zusammenstöße auf der Genfer Tagung der Interparlamentarischen Union.

Genf, 22. Juli. In der heutigen Sitzung der Interparlamentarischen Union kam es zwischen der italienischen Gruppe und den französischen faschistischen Vertretern zu einem scharfen Zusammenstoß. Bei der Debatte über die Modifikation des Westrechtes hielt der italienische Vertreter Castagna eine Rede, in der er die Redewendung gebrauchte: „Im Namen der Freiheit und des Rechtes.“

Daraufhin rief ihm der französische Sozialist Renaudel zu, der Faschismus habe kein Recht, im Namen der Freiheit zu sprechen!

Der faschistische Gruppe bemächtigte sich daraufhin eine Erregung und in dem großen Durcheinander, das entstand, wurden auf einmal auf den Bänken der französischen Sozialisten die Rufe laut:

Nieder mit den Mördern Matteottis!

Darauf wurde unter großem Tumult die Sitzung unterbrochen. Bei der Wiederaufnahme der Sitzung verlangte der italienische Vertreter, daß Renaudel sich entschuldige, da er den Faschismus und Italiener geschmäht habe.

Sehr erregt rief Renaudel dazwischen: Ich denke nicht daran, mich zu entschuldigen! Daraufhin wurde die Sitzung unterbrochen.

Die Auseinandersetzungen leiteten sich ein Zeitlang noch in den Wandelgängen des Gebäudes fort. Die italienischen Vertreter bestanden darauf, daß Renaudel sich entschuldige. Sie forderten, daß er vor den Verhandlungen ausgedehnt werde, wenn er dieser Aufforderung nicht nachkommt. Anderenfalls sollen die italienischen Vertreter entschlossen sein, sich von den Verhandlungen zurückzuziehen.

Zentrum stellt fest:

Wenn jemand die Ordnung stört, dann ist es das Kabinett Papen!

Berlin, 22. Juli. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages hat als Ergebnis ihrer Beratungen eine Entschlieung angenommen, die Nachmittag auch vom geschäftsführenden Parteivorstand gebilligt wurde.

In dieser Entschlieung wird erklärt, daß die sachlichen Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 48 in der Preußenfrage nicht vorliegen; weder habe Preußen seine Pflichten aus der Reichsverfassung oder aus Reichsgesetzen nicht ordnungsmäßig erfüllt, noch sei durch das Verhalten der preussischen Staatsregierung die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb Preußens gestört worden.

Wenn seit dem Austritt des Kabinetts Brüning die öffentliche Ordnung und Sicherheit in bedenklichem Maße gestört worden seien, so beschränkten sich diese Erscheinungen weder auf das Land Preußen, noch seien sie

durch das Verhalten der preussischen Staatsregierung verursacht worden. Die Vorgänge in Preußen seien vielmehr den verkehrten Maßnahmen des Kabinetts von Papen zuzuschreiben.

Die Entschlieung bestreitet die Behauptung, daß durch die Schuld der Regierungsparteien den Kommunisten im preussischen Landtag eine Schlüsselstellung verschafft worden sei, ebensowenig könne das Vorgehen der Reichsregierung mit der bisher nicht erfolgten Neuwahl des Ministerpräsidenten gerechtfertigt werden. Zwischen Nationalsozialisten und Zentrum bestehe Uebereinstimmung, daß diese Wahl erst nach den Reichstagswahlen vorgenommen werden solle. Im übrigen seien auch in den anderen deutschen Ländern geschäftsführende Regierungen seit langem im Amte, ohne daß die Reichsregierung sich zu Maßnahmen veranlaßt gesehen hätte.

Drangsalierung der republikanischen Beamten.

Berlin, 22. Juli. Die „Reinigungsarbeit“ der neuen preussischen Regierung in den verschiedenen Ämtern schreitet fort; nach der gestrigen erfolgten Absetzung einer Reihe führender politischer Beamten der preussischen Staatsverwaltung, die als aufrichtige Republikaner bekannt waren, kommen jetzt die niederen Beamtenkategorien, insbesondere die verschiedenen Referenten, an die Reihe.

Die Aufmerksamkeit des neuen kommissarischen preussischen Innenministers Dr. Bracht konzentriert sich hauptsächlich auf die Berliner Polizeidirektion, wo er eine weitgreifende Umgruppierung angeordnet hat. Im politischen Referat sollen gemäß den neuen Instruktionen mit der Bearbeitung des Materials, das die Linksparteien betrifft, ausschließlich solche Beamte betraut werden, von denen erwiesen ist, daß sie gegenüber den Linksparteien nicht freundschaftlich orientiert sind. Ferner sollen in Zukunft alle kulturellen Fragen durch Deputierten bearbeitet werden, die für ihre Person positiv auf dem Boden christlicher Weltanschauung und Kulturanschauung stehen.

Oberst Heimannsberg neuerdings verhaftet.

Berlin, 22. Juli. Der ehemalige Kommandeur der Schutzpolizei Polizeioberst Heimannsberg, Polizeimajor Enke und ein

Funktionär des Reichsbanners, Carlberg, wurden heute früh von einer Reichswehrpatrouille in Haft genommen, angeblich wegen dringenden Tatverdaches einer Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli. Die Verhafteten wurden in die Militärarrestanstalt nach Moabit gebracht.

Den Anlaß zu der neuerlichen Verhaftung des abgesetzten Berliner Polizeikommandanten Heimannsberg gab angeblich die Auffindung von Dokumenten, aus denen hervorgehen soll, daß eine Zusammenarbeit zwischen der Berliner Polizei und den sogenannten Wehrformationen des Reichsbanners bestand. Heimannsberg habe zusammen mit den beiden übrigen Verhafteten einen gewalttätigen Widerstand gegen das neue Regime in Preußen organisiert.

Am Abend wird amtlich mitgeteilt, daß die Ermittlungen gegen den Polizeimajor Enke Anlaß zur Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung geben; er verbleibt in Schutzhaft.

Dem Polizeikommandeur Heimannsberg konnte jedoch die Teilnahme an den Bestrebungen des Polizeimajors Enke nicht nachgewiesen werden. Auch der gegen Carlberg bestehende Verdacht habe sich nicht ausreichend bestätigt.

Die beiden letztgenannten wurden deshalb aus der Schutzhaft entlassen.

Fulnet ist ihnen unangenehm.

Der „Tag“ wirft Rot gegen die Fischerner Sozialdemokraten.

Der Dieb, den wir unter Hinweis auf die nationalsozialistische Gemeindepolitik in Fulnet gegen die soziale Heuchelei der Nazipartei führten, hat gefressen! Der „Tag“ schimpft wie verrückt — zu unserer Freude und Genugtuung.

Neuerdings hat er entdeckt, daß sich das soziale Wirken der Stadtgemeinde Fischern mit den Taten der Nazis in Fulnet doch nicht gut vergleichen läßt. Er hat recht, nur meint er anders. Er will nämlich nachweisen, daß Fischern hinter Fulnet weit zurücksteht, und bringt zu diesem Behufe drei Bilder, die Fischerner Elendswohnungen zeigen.

Wie haben wir bestritten, daß es auch in den Gemeinden, in denen Sozialdemokraten die Verantwortung tragen, noch Wohnungsnot gibt.

Aber die Sozialdemokraten tänen, zum Unterschied von den Nazis, ihr Bestes, die Wohnungsnot zu lindern.

So wie die Fischerner Hütten, die der „Tag“ seinen Lesern im Bilde zeigt, sehen jedoch die Fulnener Gemeindegäuser aus, und in Fulnet gibt es neben diesen Hütten überhaupt keine Gemeindegäuser, geschweige denn solche, die sich mit den Fischerner Bauten messen könnten. Oder begehrt der „Tag“ die Hütten zu sehen, die es auch in den baufälligen Gemeindegäusern sonst noch in Fulnet gibt?

Der Versuch des „Tag“, die ihm ergebenden Leser dumm zu machen, muß schon deshalb scheitern, weil diese Arbeit schon getan ist — sonst wären sie eben dem „Tag“ nicht ergeben. Die übrige Dummheit aber kann der „Tag“ nicht dumm machen, besonders nicht durch solche läppische Darstellungen, die seine Antwort auf die Aufbauarbeit der Fischerner Gemeinde enthält.

Budgetvorbereitungen für 1932.

Prag, 22. Juli. In der heutigen Sitzung des Ministerates wurde u. a. der Entwurf einer Verordnung über die Errichtung einer Kommission zur Defonomisierung der öffentlichen Verwaltung angenommen und mit der Debatte über den Staatsvoranschlag für 1932 begonnen.

Entsprechend den Ergebnissen der Beratungen des politischen und des wirtschaftlichen Ministerkomitees wurden Wirtschafts- und Finanz-

fragen behandelt, die mit der Erledigung des Arbeitsprogramms vor den Sommerferien zusammenhängen, insbesondere hinsichtlich der Ein- und Ausfuhrregelung des Devisen- und Bewilligungsverfahrens sowie Agenden des Kompensationsgeschäftes.

Zwangsmassnahmen gegen die Frontkämpfer.

Washington, 22. Juli. (Reuter.) Amtlich wurde angeordnet, daß die 15.000 ehemaligen Frontkämpfer, die vergeblich in Washington abgewartet hatten, bis der Gesetzentwurf über die Auszahlung der Bous an die Kriegsveteranen abgestimmt werden würde, sofort alle staatlichen Gebäude zu räumen und ihre Lager in den öffentlichen Parks zu verlassen haben. Der Grund für diese amtliche Vorkehrung waren nicht etwa Unruhen und Unordnung, sondern die Behörden befürchteten den Ausbruch ansteckender Krankheiten und außerdem, daß es bei der Unzufriedenheit der Veteranen mit jedem Tage zu Gewalttätigkeiten kommen könnte.

Vor einem Krieg in Südamerika.

Paris, 21. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus La Paz (Bolivien) hat die bolivianische Regierung das Angebot Columbiens, im Chaco-Konflikt mit Paraguay zu vermitteln, abgelehnt. Wie erklärt wird, hat sich bei der bolivianischen Regierung die Ueberzeugung durchgesetzt, daß die Ereignisse eine gütliche Regelung des Konflikts ausgeschlossen erscheinen lassen.

Kommunistenverhaftungen in Budapest.

Ein Geheimbüro ausgehoben?

Budapest, 22. Juli. Die politische Abteilung der Oberstadthauptmannschaft hat nach längerer Recherche und Beobachtungen das angeblich in Budapest tätige geheime Büro der kommunistischen Partei ausgehoben und ausgehoben. Sieben Leiter der geheimen Organisation wurden festgenommen. In ihrem Versteck fand die Polizei eine große Menge belastenden Materials, darunter zur Fälschung von Pässen verwendete, sehr gut gelungene Stempelplättchen. In einem Geheimlaboratorium wurden größere Mengen von Chemikalien für die Herstellung von Geheimdokumenten vorgefunden.

Unter den verhafteten Kommunistenführern befindet sich der 32jährige Szalai-Holländer, der bereits während der Proletarierdiktatur eine leitende Rolle spielte.

Tagesneuigkeiten

Die Ursachen von Basas Absturz.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten gibt einen amtlichen Bericht über die wahrscheinlichen Ursachen des Flugzeugabsturzes Basas aus, in welchem u. a. gesagt wird: Der Pilot Brouček schob den Abstieg hinaus, da ein dichter Nebel über dem Flugplatz lag. Um 6 Uhr herum bildete sich eine Dichtung in dem Nebel und der Leiter der Flugabteilung Batis wollte ein kleineres Flugzeug auf einen Erkundungsflyg schicken. Basa lehnte diesen Vorschlag ab und bestieg mit Brouček das Junkers-Flugzeug. Er setzte sich neben den Piloten, obwohl er das bisher nie getan hatte. Der Apparat startete in der Richtung auf Baháň. Nach sieben Minuten hörte das Geräusch des Motors auf, setzte dann plötzlich mit voller Kraft wieder ein und kurz darauf wurde es ruhig. Ungefähr zehn Minuten später wurde der Flugplatz telephonisch von der Havarie verständigt. Der Absturz geschah ungefähr 20 Meter von der Hochleitung. Das Flugzeug fiel fast direkt auf den Propeller, und zwar so heftig, daß es ein Loch von ungefähr einem halben Meter Tiefe schlug. Im Augenblick des Auffallens hatte der Motor fast Vollgas, der Geschwindigkeitsmesser zeigte 145 Kilometer in der Stunde. Das Flugzeug war vollständig vernichtet.

Der ärztliche Befund ergab, daß Basa und Brouček so schwere Verletzungen erlitten hatten, daß sie ihnen sofort erlagen. Aus der Form der Pupillen schloß der Arzt, daß der Pilot im letzten Augenblick die Katastrophe voraussah. Da kein glaubwürdiger Zeuge den Absturz sah und das Flugzeug vollkommen vernichtet ist, läßt sich die Ursache der Havarie nicht mit Sicherheit bestimmen.

Am wahrscheinlichsten ist es, daß der Pilot im Nebel die Orientierung verlor und ohne zu wissen, wie das Flugzeug im Raume liegt, versuchte, es näher zur Erde zu bringen. Dabei verlor er vollkommen die Sicht und stieß mit Vollgas in die Erde. Da in der Kabine niemand sah und auch keine Belastung vorhanden war, ist es erklärlich, daß sich das Flugzeug auf den Kopf stellte, weil das Schwerkraft des Apparates nach vorn verlegt war.

Eine zweite Möglichkeit ist die Beschädigung des Lenkapparates während des Fluges. Eine Sabotagegeschichte die Angestellten der Firma aus, da der Pilot Brouček nicht einmal Angestellter der Firma in den Hangar ließ und alle Objekte am Flugplatz in der Nacht bewacht werden.

Wir rüsten . . . ab.

Jene seit zehn Jahren mit Unterbrechungen folgende Versammlung von Rüstungsbedienern, die so gerne als Abrüstungspatrioten dastehen möchten und fälschlich als Abrüstungskonferenz bezeichnet werden, hat endlich eine Entschlie-ßung mit Zähre und Kleister aus mehr oder weniger alten Rüstungspropagandachriften zusammengestellt und der erstaunten Welt zum Bistn gegeben. Man übergeht großzügig die Tatsache, daß jetzt, trotz dreißig Millionen Arbeitsloser, die Staaten über zwanzig Milliarden Goldmark jährlich für „Verteidigungszwecke“ aufwenden, also auf den Kopf der Menschheit, Kinder, Frauen, Greise, Neugeborene, Regier,

Weisse, Gelbe, Eskimos, Kapitalisten und sonstige Abrüstungsfreunde inbegriffen, hundert Kronen tschechoslowakischer Währung; man wiederholt mehrfach die Notwendigkeit, nein die theoretische Feststellung der Notwendigkeit substantieller Rüstungs-herabsetzungen und versichert, daß die Konferenz entschlossen ist, eine erste — nach zehn Jahren!! — entscheidende Etappe zu vollenden!! Man hat sich mit Aufrüstung beschäftigt: jeder Luftangriff gegen Zivilbevölkerung soll unbedingt verboten werden und die Signatarmächte sollen verpflichtet sein, „untereinander“ jedes Luftbombardement abzuschaffen unter der Voraussetzung, daß man sich über die wirksame Durchführung dieser Verpflichtung einigen wird. Es werden sogar sogenannte Maßnahmen ins Auge gefaßt: die Militärluftfahrt soll ziffernmäßig und hinsichtlich der Merkmale der Luftfahrzeuge beschränkt werden. Man hat sich auch mit der Zivilluftfahrt beschäftigt und beschlossen, daß eine Regelung gefunden und ihre Veröffentlichung beschlossen werden soll. Die besonders ungemütlich großen Bombenwerfer sollen einem internationalen Regime unterworfen werden. Bombenflieger werden also prinzipiell nicht abgeschafft und sind nicht als Angriffswaffen anzusehen und Staaten, die dem Ueber-einkommen nicht beigetreten sind, werden an nichts gebunden sein.

Was die Tanks betrifft, so werden auch sie als Verteidigungswaffen nicht verboten, nur ihre Größe wird etwas beschränkt werden. Es wurde ferner das Verbot des Chemiekrieges festge-setzt ebenso wie die Einsetzung einer ständigen Abrüstungskonferenz. Die Effektivstärke der Heere wird nicht beschränkt, in diesem Punkt verweist die Konferenz auf die Zukunft (die ohne sie wahrscheinlich nicht schlechter sein wird.) Die Budgetbeschränkungen will man einem neu zu errichtenden Sonder-ausschuß unterbreiten und über die Flottenbeschränkung sollen die Staaten, groß und klein, neu verhandeln. Was die Vorschläge Hoovers betrifft, der eine einheitliche Rüstungsherab-setzung um ein Drittel vorschlägt, so meint die Resolution, daß sie vom Büro der Konferenz überprüft werden sollen „unter Berücksichtigung der Verhältnisse jedes Landes.“ Was die Gleichberechtigung Deutschlands anbelangt, so will die Entschlieung weder der Haltung der Konferenz, noch andern politischen Vorschlägen vorgreifen (man kann ja nicht wissen: vielleicht läßt sich daran noch etwas verdienen.)

Zu diesem klaren und eindeutigen Ergebnis hat die Konferenz ganze fünf Monate ge-brauht: man einigte sich wieder einmal dahin, daß man sich einigen werde und wenn auch das zuviel erscheint, der einigt sich eben dahin, daß er durch Nichtbeitritt sich nicht einigen muß. Man wird abrüsten, aber unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, worunter besonders die Geldbedürfnisse der Rüstungsindustrie zu verstehen sind. Man schafft die Bombenwerfer nicht ab, man beschränkt sie nur der Größe nach, was materiallos riskiert werden darf, weil Men-schenmaterial bekanntlich nichts kostet und die Herrn Rüstungsfabrikanten an kleinen Fliegern relativ mehr verdienen. Man hat sich ent-schlossen, „eine entscheidende Etappe zu voll-enden“ und begrüßt darum lebhaft den Plan Hoovers, dessen Ueberprüfung von den Herrn in Aussicht genommen wird. Man schafft auch die Tanks nicht ab, weil das doch auffallend Waffen sind, die zu Verteidigungszwecken dienen und stellt nebenbei fest, daß der chemische Krieg ver-boten ist. Nicht verboten ist leider das „Ab-rüsten“ und die damit verbundenen Konferenzen, die Menschheit würde etwas weiter kommen,

wenn die Herrn am Genfer grünen Tisch wenig-stens einen Namen zu riskieren hätten, aber da sie nur die Gewinne aus den Rüstungsgeschäften zu verlieren haben, muß die Welt auch weiter in Resolutionen abrüsten . . .

W. Lustig.

Die Kultur der Restgutbarone

Spiegelt sich am reinsten in der Abendausgabe des „Berkov“, dem berüchtigten „Vešer“. Seit Jahren begeistert dieses Blatt an den Allüren englischer Aristokraten (die vermutlich an ihre Kammerdiener höhere Kulturanprüche stellen als die Agrarpartei an ihre Restgutgrößen), an den Familienereignissen im jugoslawischen und rumänischen Königshaus, an allerhand Soldaten-spiel und was halt sonst nach Ansicht der Berkov-Redaktion vom geistigen Rüstbüdger der europäischen Kultur gehört, den man mit dem heimischen Mist gern mengen möchte. Dabei unterlaufen nicht nur Sehnstüchtlingsfehler wie der, die jugoslawische Sabeldiktatur sei eine „konstruktive Demokratie“, sondern haarsträubende Albernheiten wie im Titel eines Bildes, das eine Pariser Straßen-aufnahme vom 14. Juli zeigt. An diesem Natio-nalsfeiertag der französischen Republik wird seit nahezu 150 Jahren in den Straßen von Paris nach Landesitte getanzt, geküßt, getrunken und gelungen. Der „Vešer“ braucht aber für die aus-gelassene Fröhlichkeit der Pariser eine besondere Erklärung und teilt seinen Lesern mit, daß die Pariser „im vollen Vertrauen auf die Kraft Frankreichs“ auf der Straße tan-zen. Da kann man nur sagen: wie sich der kleine Vaclav die Pariser vorstellt!

Der Prager Unterwelt-König verhaftet.

Mittwoch abends verhaftete die Polizei im Vestibul des Burian-Theaters den mehrmals vorbestraften Einbrecher Emanuel Balek samt Komplizen. Am 10. Juni 1929 plünderten Balek und seine Bande die Wohnung des Direktors Roja aus, wobei ihnen Schmudschachen im Werte von 300.000 K in die Hände fielen. Balek wurde bereits nach 24 Stunden verhaftet, verschwie-g jedoch beharrlich das Versteck, wo er die geraub-ten Schmudschachen aufbewahrte. Inzwischen wurde der Bestohlene wiederholt von Freunden Baleks aufgesucht, die ihm die Rückgabe des Schmudses in Aussicht stellten. Im Juni l. J. wurde Balek entlassen, nach seiner Heimat ab-geschoben und ihm der Aufenthalt in Prag ver-boten. Eines Tages wurde dem Direktor Roja der Besuch Baleks angekündigt. Bald darauf er-schien Balek im Burian-Theater und erklärte sich bereit, den Schmud auszuliefern. Der Theater-direktor mußte sich ehrenwörtlich verpflichten, von diesen Verhandlungen niemandem etwas zu sagen. Balek wollte jedoch den Schmud nicht auf einmal, sondern ratenweise zurückgeben, um so eine größere Belohnung fordern zu können. Roja ging auf diesen seltsamen Vorschlag ein und hatte Balek bereits 1000 K ausbezahlt. Mit-twoch abends war Balek wiederum im Burian-Theater und es kam zu einer prinzipiellen Ver-ständigung über die Auslieferung des gesamten Schmudses gegen Entrichtung einer Pauschal-bezahlung. Aus bisher unbekanntem Gründen wurde Balek, kurz nachdem er die Direktionslanz-wei des Theaters verlassen hatte, von Sicherheits-beamten verhaftet. Direktor Roja hatte die Poli-zei nicht verständigt. Die Verhaftung des Ein-brechers kommt dem Geschädigten unangelegn, da sich die Rückgabe des kostbaren Schmudses wie-derum verzögern dürfte. Balek gilt als einer der gewiegtesten Einbrecher Prags, der in der Pra-

ger Unterwelt eine Art Führerstellung einge-nommen hat. Die Polizei ist der Ansicht, daß ein Großteil der bei Roja gemachten Beute bereits verkauft ist.

Europa weiß von uns. An die Redaktion unserer Frauenzeitschrift ist dieser Tage ein Brief aus den Niederlanden eingelangt, obzwar er wie folgt adressiert war:

An die Redaktion der Gleichheit
Prag II. (Duitschland),
Kekagauka 18.

Da lassen wir uns die Auslandspropaganda jährlich viele Millionen kosten und das sind die Früchte! Wir bitten aber die Strömungs-Presse im Interesse des Herrn Primators Baxa, von der Sache weiters kein Aufheben zu machen; es wäre möglich, daß dem alten Herrn der Schlag rührte, wenn er nicht nur Prag statt Praha, sondern auch noch lesen müßte, daß es in Duitsch-land liegt . . .

Schont die Heidelbeeren! Es wird uns ge-schrieben: Bei Beginn der Heidelbeerernte kann alljährlich festgestellt werden, daß die Beeren vielfach noch in völlig unreifem Zustande abge-rißen werden. Abgesehen davon, daß durch die Unverständlichkeit den Pflanzen nicht gerade Nutzen beigebracht wird, ist außerdem eine Ge-sundheitschädigung beim Genuß solcher unreifer Beeren nicht ausgeschlossen. Gleichfalls konnte beobachtet werden, daß durch sinnloses Zerbrechen viele Beeren vernichtet wurden. Jeder Beeren-suchende soll deshalb die völlige Reife der Früchte abwarten und sich im Walde eines solchen Verhaltens befleißigen, daß den Pflanzen kein Schaden zugefügt werden kann.

Die jung aus dem Leben gehen . . . Wie uns aus Weipert berichtet wird, wurde dort im Walde beim sogenannten Giffschlucht auf Weiser Gemeindegund der in Weipert Nr. 1021 wohn-haft gewesene und im Jahre 1909 geborene Arbeiter Johann Ender erhängt aufgefunden. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt.

Den Tod gesucht und das Kriminal gefun-den. Ein mehr als trauriges Zeichen der Zeit spiegelt sich in einem Vorfall wieder, der aus Olmütz gemeldet wird. Ein Arbeitsloser kam nach Olmütz, um dort Arbeit zu suchen. Ueberall wurde er mit seinem Ansuchen, arbeiten zu dür-fen, abgewiesen — unsere Agrarier beschimpfen die Arbeitslosen natürlich als Faulenzer! — und in seiner verzweifelten Lage blieben ihm nur zwei Wege: zu sterben oder zu sterben. Nachdem noch immer das Geseß, vor dem alle gleich sind und das in seiner Majestät sowohl den Armen wie den Reichen verbietet, unter Brüden zu schlafen, in Gültigkeit ist, entschloß sich der vom Hunger gequälte Mensch, das Letztere zu wählen, zu sterben. Damit durch seine Vorhaben man-der Ruhe und Ordnung gestört werde, zog er aus der Stadt, die ihm nicht Arbeit und Brot ge-währte, und draußen, vor den Mauern dieser Stadt suchte er den Schienenstrang, auf dem er den Tod, den Erlöser aus seiner Qual erwarten wollte. Doch „wunderbar sind die Wege des Herrn“. Auch dort draußen sollte ihm nicht ge-gnüt sein, aus dem Leben zu flüchten, das ihm lebensunwert geworden war, das ihm von der „gottgewollten“ Gesellschaftsordnung vergällt wurde. Zwei Eisenbahner sahen den Lebensüber-drüssigen auf den Schienen liegen und verurteilten nun, ihn von seinem Vorhaben abzubringen. Es entspann sich ein harter Kampf, bei dem der Verzweifelte einen der Eisenbahner verletzte. Im letzten Augenblick, als der Zug schon heran-braupte, gelang es den zwei Eisenbahnern, den sich verzweifelt wehrenden Arbeitslosen von den Schienen zu zerren. Damit aber war die ganze Sache nicht beendet. Der Arbeitslose wurde der Polizei übergeben und von dieser ins Kreis-gericht eingeliefert. Dort wird er, der schon mit dem Leben abgeschlossen, den die „gottge-wollte Gesellschaftsordnung“ zum Selbstmord ge-trrieben hatte, nun wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der schweren Körperverletzung angeklagt und verurteilt wer-den. Den Tod gesucht und das Kriminal gefun-den. Ironie des Schicksals?

Oeffentliche Sammlungen und Verkauf ver-schiedener Erzeugnisse zugunsten der Blinden. Das Land esamt teilt mit: Das Mitleid und die Wohlthätigkeit der Oeffentlichkeit für die Blinden wird oft von Neuten mißbraucht, die, versehen mit verschiedenen nichtamtlichen Ausweisen, aus denen hervorgeht, daß sie zugunsten „Blinder Kinder“ oder „arbeitender Blinden“ arbeiten, in den Häuser Teise, Anstaltsarten und andere kleine Anstalt, die als Blindenerzeugnisse bezeichnet werden, verkaufen, oder Geschenke für die Blinden sammeln. Die Blinden erhalten von dem Erlös dieser Geschäfte nur einen sehr kleinen Teil, während der überwiegende Teil in die Taschen der Agenten und deren Unter-nehmer fließt, die mit einigen über die tatsächliche Lage nicht informierten und schlecht bezahlten Blinden eine Gesellschaft bilden, um auf diese Weise ihre Privatgeschäfte leicht durchführen zu können. Um der Tätigkeit dieser Personen Einhalt zu tun, die unter der Vorpiegelung, im Interesse von Blindenorganisationen zu handeln, die öffentliche Wohlthätigkeit mißbrauchen und die Interessen der Blinden und der Blindeninstitutionen schädigen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß kein seriöses Blindenselbsthilfsinstitut oder ein Verein auf Grund einmütigen Entschlusses dieser Korporationen Agen-ten zum Hausiergeschäft und zu Sammlungen im Interesse der Blinden auswendet. Die Oeffentlich-keit wird somit vor diesen Agenten gewarnt. Die Bezirks- und Gemeindebehörden haben bereits seinerzeit die Weisung erhalten, gegen einen solchen Hausierhandel und gegen die unberechtigten Samm-lungen aufs strengste vorzugehen.

Die eiserne Hand für die Eiserne Front.

Von Erich Gottgetreu.

Das sollte das Symbol der sich in Wahl-wehen windenden Republik sein: Göhens eiserne Hand. Er hatte deren mehrere, drei davon sind erhalten, eine von ihnen ist augenblicklich in Berlin. Das erfahren und sie nicht drücken wollen, das hieße, nicht wahr, ein schlechter Reporter sein. —

Man muß zu Herrn Feldhaus fahren. Franz Maria Feldhaus ist ein sehr bekannter Kulturhistoriker, erster Kenner und hervorragender Registrator der Geschichte der Technik, oder zunächst, wenn man ihn in seinem Häuschen auf dem Tempelhofer Zachjering beincht: ein feiner stiller Gelehrtenkopf zwischen Felsen von Regalen, Bergen von Büchern, Bänden von Bildern.

Auf der Straße marschiert S.A. vorbei. Hier blüht die Landschaft eines geistigen Menschen.

Aber den Vorbeimarschierenden, Vorbeigroh-lenden möchte man einmal diese Freiheitsfaust unter die Nase halten, die jetzt, ausgestreckt, in den Schärnieren verrostet und doch so lebendig auf dem Schreibtisch liegt. „Wer kein ungarischer Lebs ist, kommt mir nicht zu nah! Er soll von dieser meiner rechten eisernen Hand eine solche Ohrspeise kriegen, die ihm Kopfweh, Zahn-weh und alles Weh der Erden aus dem Grund curiren soll“ — so läßt Goethe den Göy die kaiserlichen Räte in Heilbronn anreden. Heute gebrauchte Göy solche Worte den feigen Hunger-kreuzlern gegenüber, die ihre Freiheit um eine braune Uniform verkaufen . . .

Der S.A.-Gefang verstimmt, die Straße ist wieder sauber, wir blättern in alten Chroniken: . . . Der 23jährige Held mußte im Jahre 1504 in den Paierischen Krieg ziehen. Es ging

vor Landshut in Baiern, aber er ahndete nicht, daß seiner dort ein großes Unglück wartete. Landshut wurde umzingelt, die furchtbaren Nürnbergischen Habschlangen wütheten mächtig unter den Belagerten, die einen Ausfall gewagt hatten. Weder Freund noch Feind wurde ge-schont, und ein unglücklicher Schuß zerschmetterte das Schwert des Ritters Göy, drängte den Knopf davon in die Armschienen seines Panzers, und er verlor seine rechte Hand, die zersplittert wurde und einen Theil des Arms. Er stürzte vom Pferde, ein alter Knappe mußte ihn bis ans Ende des Lagers führen, wo ein Wundarzt herbei-kam und ihm die Hand ablöste, die nur noch an etwas Haut hing, aus Vorsorge, um den Brand zu verhüten. So in diesem Zustand brachte der gute Göy eine traurige Nacht zu, bei der er nur Gott bat, daß er ihn in Gnaden erlösen möchte. Allein sein Loos war einmal entschieden, und er mußte seinem Schicksal gehorchen. Dies geschah auch mit Gelassenheit . . . Auf seinem schlaffen Krankenlager, wo er Zeit genug zum Nachsinnen hatte, erinnerte er sich der Erzählung, aus ver-gangenen Jahren von einem Hohenlohschen Rei-ter, der auch seine Hand verloren und durch eine künstliche ersetzt hatte, und dann bis an sein Ende in Kriegsdiensten blieb, und neue Hoffnung belebte ihn. Er selbst erkann eine Hand „on Eisen und and einen geschidten Waffenschmied, un sie nach seiner Angabe zu verfertigen.“ Der geschickte Waffenschmied war, wie man festgestellt hat, der Dorfschmied von Stahausen. „Wir“ groß muß seine Freude gewesen sein, da er zum ersten-mal anlegte, da er ihn wieder zum ganzen Mann machte und mit aller seiner Kraft, Thätigkeit und Selbdenmuth wie vorher wieder herstellte. Welches Wunder der Kunst und des Glüdes!“

Später ließ sich Göy noch eine zweite, äh-nliche eiserne Hand machen. Die oder die erste liegt vor uns. Der Mechanismus ist einfach, doch sehr feintreich: die maffe Hand konnte an der eiser-nen die einzelnen Finger zum Krümmen bringen.

Bei besonders feierlichen Gelegenheiten bediente Göy sich dann noch einer dritten, besonders kom-plizierten Hand, die jetzt noch im Besitz der Ver-lichingen auf Jaxthausen ist. Ueber diese Hand, vermutlich italienische Arbeit, schrieb das Wie-ner Akademiemitglied Christian von Mechel eine größere gut illustrierte Broschüre, die er als bibliophile Gabe „Den in den Jahren 1814 und 1815 zum Friedenskongreß in Wien versammel-ten gekrönten Befreieren Europas“ ehrerbietigst zugeeignet“ hat. Gedruckt wurde die Broschüre 1815 in Berlin bei Georg Deder.

Der große Wiener Kongreß gebar ein kleines Europa. Die Freiheitshand hatte umsonst ge-macht, der Sinn des Beschlusses blieb unverstan-den. Goethes Göy-Worte gewannen erschütternde Aktualität, und es ist fast gleichgültig, ob man nun noch schreibt: 1815 oder 1932: „Schließt Eure Herzen sorgfältiger als Eure Thore. Es kommen die Zeiten des Betruges, es ist ihm Freiheit ge-geben. De Nichtswürdigen werden regieren mit List, und der Edle wird in ihre Netze fallen.“

1815 — — 1932 — — soll es wirklich gar-nichts vorwärts gehen? Wir wollen uns noch eine Jahreszahl merken: 1789. Da gab es nicht nur eine große Revolution, Da dichtete einer in Wien, was heute noch gilt:

Göy
aus seines Grabes Halle
an die Deutschen.

Zeit Göthe mich, Ihr Deutschen, meine Brüder, Mit euch noch näher hat bekannt gemacht;

Ruh' ich viel sanfter hier, und fühl's, ihr seid noch bieder.

Weil euer Freiheitsinn ein Namen Göy erwacht,

Dafür send' ich euch nun aus meines Grabes Halle

Den letzten Ueberrest von mir: — die Eisenhand.

Mit dieser grüß ich euch, schlägt ein, ihr Deutschen alle!

Seyd tapfer, denkt an mich, denkt an das Vaterland!

Im Dorf der lebendig Toten.

Ein Besuch in der rumänischen Lepra-Kolonie.

Aus der Lepra-Kolonie in Tichilesti sind — zum zweiten Male schon innerhalb eines Jahres — zahlreiche Ausflüchter ausgebrochen. Die Kranken, die seit einem Monat weder Lebensmittel noch Medikamente erhalten hatten, marschierten nach der benachbarten Stadt Sfacoa, wo ihr Erscheinen eine ungeheure Panik hervorrief. Nur mit größter Mühe gelang es, sie zur Rückkehr in ihre Siedlung zu bewegen. Ein rumänischer Journalist hatte Gelegenheit, die Kolonie zu besichtigen und mit den Kranken zu sprechen. Ueber seine Ergebnisse gibt er die folgende erschütternde Schilderung:

Zwei Stunden fährt man von der nächsten Stadt nach Tichilesti. Das einzige Verkehrsmittel ist der rumänische Bauernwagen; er verfinstert bis über die Achsen im tiefen Staub der Landstraße.

Drei Tore und dreifache Wachen muß man passieren, wenn man zu den Kranken gelangen will. Der riesige Hof ist voller Staub, Sand und Kies. Nur an einigen Stellen sieht man spärliche Grasbüschel, die wie kleine Oasen in der Sandwüste anmuten.

Die langgestreckten, weißen Gebäude machen auf den ersten Blick keinen unfreundlichen Eindruck. Die moderne Lepra-Kolonie von Tichilesti besteht erst seit zwei Jahren. Sie enthält etwa 300 Insassen. Früher mußten diese unglücklichen Kranken ihr ganzes Leben in einem düsteren, schmutzigen Bierzeh verbringen. Damals waren sie noch im besserhabenden Ort Varganica interniert. Niemand kümmerte sich um ihre Verpflegung; sie hungerten sich buchstäblich durchs Leben. Abends stahlen sie sich einzeln und in Gruppen aus dem Haus, um in den benachbarten Bauernhöfen einige Lebensmittel zu erbetteln oder zu stehlen. Viele von ihnen wurden von den erbitterten Bauern erschlagen. Erst als die Sache zu einem Skandal auszuarten drohte, wurde das neue Lager erbaut. Aber auch jetzt sind Lebensmittel und Medikamente äußerst knapp, wenn auch die Unterbringung in hygienischer Hinsicht einwandfrei ist.

Ein ganzes Dorf vom Ausfahrl befallen.

Es gibt in Rumänien übrigens ein Fischerdorf von 500 Einwohnern, Caraorman, dessen sämtliche Bewohner von Lepra befallen sind. Der Ort liegt einsam im Donaubeck und so ist es zu erklären, daß man erst im Vorjahr von dem gräßlichen Schicksal seiner Einwohner erfuhr. Es wurde vollkommen isoliert und seine Insassen werden nach und nach in die staatliche Lepra-Kolonie übergeführt.

Vom Hof aus kann man einen Blick in die einzelnen Zimmer werfen. Jeder Kranke hat hier eine eigene Zelle; nur die Mitglieder einer Familie bekommen ein gemeinsames Zimmer zugewiesen. Der Leiter der Kolonie, Dr. Lupu, erklärt:

„Man vermeidet es, in den Kranken das Gefühl zu erwecken, als ob sie Gefangene wären. Sie dürfen hier ihr früheres Leben fortsetzen, die meisten kochen sich ihr Essen selbst. Leider ist die Verpflegung sehr schlecht. Die Kranken verfügen kaum über eigene Geldmittel. Im Sommer ist es besser; wir haben etwa 12 Morgen Gartenland, das von den Kranken bearbeitet wird. Eine Arbeitspflicht besteht allerdings nicht.“

Das „Löwengesicht“.

Im ersten Zimmer sitzt, die Beine nach Türfenart gekreuzt, ein alter Mann. Er hebt langsam den Kopf und grinst uns mit einem furchtbaren, starren Lächeln entgegen. Es ist das Lächeln eines Lepra-Kranken, der sich schon im fortgeschrittenen Stadium der Krankheit befindet. Sie hat seine Lippen bereits zerstört und dadurch erhält das Gesicht den Ausdruck ständigen Grinsens. Es ist das bekannte „Löwengesicht“ der Lepra-Kranken.

Der alte Mann hebt die Hand — sie weist statt der Finger nur noch kleine Stümpfe auf. Hastig kommen zwischen den gefleschten Zähnen die Worte hervor:

„Sie sind sicherlich Arzt? Sie wollen experimentieren? Gehen Sie lieber nach Hause. Hier kann kein Mensch mehr helfen. Wir wissen, daß unsere Krankheit unheilbar ist. Sehen Sie her!“

Der Kranke zieht mit seinen Handstümpfen unter seinem Sitz geschickt ein Buch hervor. Es ist die Bibel. Der Mann mit dem Löwengesicht fährt fort:

„Die Ärzte sagen, daß ich von dem biblischen Ausfahrl befallen wurde. Man nennt mich darum „Hob“. . . Aber ich habe keine Schmerzen. Ganz unbemerkt fielen meine Finger ab, als wären es welke Blätter. . . Man gab mir die Bibel, damit ich die Geschichte Hobs lesen und mein Unglück leichter ertragen kann.“

Professor und Rechtsanwalt — dem Tode geweiht.

Unzählige Tragödien haben sich schon in diesen kleinen weißen Zellen abgepielt. Wohl das erschütterndste Schicksal unter allen Insassen der Kolonie weist das Brüderpaar Katalin auf. Beide sind junge Männer, beide außerordentlich begabt. Der ältere war Professor an einer höheren Lehranstalt in Klausenburg, er träumte davon, bald auch eine Universitätsprofessur zu erlangen. Sein Bruder hatte trotz seiner Jugend als Anwalt einen ausgezeichneten Ruf.

Bei einer Expedition nach Kleinasien erkrankte der junge Gelehrte an Lepra. Man brachte ihn in die Krankenanstalt. Nach zwei Monaten starb er.

„Ich konnte es nicht ertragen“, erklärt er heute. „Ich wollte nur auf einen Tag nach Hause, ich hatte solche Sehnsucht nach meinen Angehörigen. . .“

Vier Monate nach diesem Besuch wurde auch sein Bruder, der Rechtsanwalt, in die Lepra-Kolonie eingeliefert. Er zählte damals 24 Jahre!

Seither verzehrt sich der Ältere in Reue und Selbstvorwürfen. Er ist überzeugt, daß er allein die Schuld an der Erkrankung seines Bruders trage. Der Bruder leidet unsäglich. Er ist bemüht, den Älteren zu trösten: „Du kannst ja nichts dafür. In den Büchern, die wir gemeinsam durchgearbeitet haben, steht es schwarz auf weiß, daß die Lepra nicht ansteckend ist.“

Der Bruder lächelt traurig. Er ist gerührt, aber nicht überzeugt.

PRAGER ZEITUNG.

Die Zustände in der Prager Universitätsbibliothek haben schon des öfteren Anlaß zu Beschwerden gegeben. Nun schreibt uns ein Leser: Die Prager Universitätsbibliothek hat ohnehin weit weniger Bücher, als man auf den verschiedensten Gebieten zur wissenschaftlichen Arbeit benötigt und besonders ihr Bestand an neueren Werken (Nachkriegsercheinungen) ist beschämend klein. Studenten und anderen Benützer wird aber das Arbeiten noch durch die Unsitte erschwert, daß gewisse Ausleiher ein Privileg genießen und die Bücher viele Monate, oft Jahre lang behalten. Vielfach sind es die Herren Professoren, die so rücksichtslos sind, selbst über die Ferien ganze Bücherstapel auf ihren Arbeitsstischen in der Bibliothek und in den Instituten liegen zu lassen, um sie nicht im Herbst, wenn sie eine Kleinigkeit nachschlagen wollen, wieder verlangen zu müssen. Diese Bücher kann man nie herausbekommen. Es scheint aber auch noch andere bevorzugte Kunden zu geben. Seit vielen Monaten verlange ich zwei Bände eines Memoirenwerkes, das sicher nicht sehr gelesen wird. Den dritten Band hatte ich vier Wochen entliehen, dann wurde mir die Leihe nicht verlängert. Dagegen darf der Entleiher der beiden vorangehenden Bände sie anscheinend unbegrenzt lange behalten. Als Entleiher wird mir dabei immer eine obdure „Firma“ genannt, die als solche unmöglich ein Interesse und eine Verwendung für das Werk haben kann. Wer es eigentlich liebt, ob er es braucht und warum er nicht zur Rückstellung veranlaßt wird, kann ich nicht erfahren. Es wäre doch zu wünschen, daß sich irgendeine Kontrollinstanz oder die Direktion der Bibliothek darum kümmern, daß in die Ausleihe mehr Ordnung und ein wenig Gerechtigkeit komme!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Prager Produktenbörsen. (Offizieller Bericht vom 22. Juli.) Bei meinem Besuche und fast völliger Geschäftslosigkeit war die heutige Produktenbörse durch keine eigentliche Tendenz gekennzeichnet und hielt am Getreidemarkte im ganzen an den Dienstagnotierungen fest. Kaufkraft war überhaupt nicht vorhanden, aber auch das Angebot hielt sich in engen Grenzen. Am Getreidemarkte blieben die Notierungen durchwegs unverändert. Mit Hinsicht auf den Warenmangel in Mais, dessen Zufuhr durch die Devisenvorschriften unterbunden ist, bekräftigten die Maispreise eine rasch aufsteigende Richtung, so daß Donaumais heute 75—78, La Plata 82—83 (mit Devisenbewilligung) notiert, was eine Verteuerung um 3—8 K bedeutet. Ansonsten besichtigten sich Frühkartoffeln um 1 K und notieren neuerdings 30—32, ferner verteuerte sich amerikanisches Fett um 10 K auf 870—880. Alle übrigen Notierungen blieben unverändert.

Gerichtssaal

Das lebende Pfandstück.

Ein Niblera-Abenteuer.

Prag, 22. Juli. Mit folgendem abenteuerlich anmutenden Fall hatte sich heute der Senat des OGH. Trost zu befassen. Zwei Prager unternahmen im Frühling des Vorjahres eine Reise an die Nibiera. Der eine der beiden Kameraden unterhält eine Art Hotelagentur in Prag, der zweite ist seines Zeichens Kaseur.

Die Freunde nahmen Quartier in Mentone, und zwar in dem Hotel „Palais des fleurs“, dessen Inhaber, Jakob Singer, in gewissen Geschäftsbeziehungen mit dem Hotelagenten stand. Natürlich machte man, wie das in Mentone üblich ist, einen „Ausfahrl“ in das benachbarte Monte Carlo. Die Folge war, daß die Kameraden mit leeren Taschen in ihr Hotel heimkehrten. Der Hotelagent hatte zwar 500 Franken Angabe geleistet, aber die Reche hatte die Tausendergarage schon längst überschritten.

So entfernte sich also eines Nachts der Hotelagent in aller Stille durch das Fenster seines Par-

Die unsterbliche Liebe.

Es gibt hier Gestalten, die wie Figuren aus Dantes „Dölle“ anmuten. Ein 73jähriger Fischer aus Sulina vertritt uns den Weg:

„Unser Herr Doktor hat mich ausgeschimpft, weil ich nicht genügend aufpasse. Gestern hatte ich noch den letzten Fingerstumpf auf meiner linken Hand. Jetzt ist er verschwunden. Der Doktor fragte mich, was ich damit gemacht habe. Bahaha! Jetzt gehe ich in mein Zimmer zurück. Ich muß im Bett nachsehen; vielleicht habe ich das Ding dort vergessen. . .“

Wir eilen rasch weiter. Unseren Weg kreuzt ein junges Paar. Der Mann hat zärtlich den Arm um die Schulter der Frau gelegt. Sie sind seit einigen Monaten verheiratet; beide haben sich erst im Lager kennengelernt. Glücklicherweise geschieht es nur äußerst selten, daß einer solchen Ehe auch ein Kind entspricht. Selbst in diesem Falle bleiben die Kinder kaum lebensfähig.

Einige Minuten später begegnen wir einem zweiten Paar: ein 20jähriger Bauernjunge spaziert Arm in Arm mit einem Mädchen, dessen Löwengesicht ihn anscheinend gar nicht abschreckt. Auch unter den Todgeweihten triumphiert die unsterbliche Liebe. . .

terzimmers, um heimzufahren und das erforderliche Geld aufzutreiben. Sein Sojus aber, der Kaseur, wurde von dem Hotelbesitzer als „Geiselle“, als lebendes Pfandstück zurückgehalten. Ueber einen Monat blieb der Besagte in der Pfandhaft und wartete vergeblich auf das Geld, das sein Kamerad, der inzwischen längst nach Prag zurückgekehrt war, hatte schicken wollen. Das Geld blieb aus und da man das lebende Pfandstück doch nicht gut verhungern lassen konnte, war der Hotelier genötigt, seinen unfreiwilligen Gast während dieser Zeit zu verpflegen. Schließlich wurde dem Befangenen die Sache zu langweilig und er folgte dem Beispiel seines Freundes und verließ bei Nacht und Nebel auf dem Weg durch das Fenster sein Zwangsdomicil.

Es gelang ihm, in Monte Carlo einiges Geld zu gewinnen. Nicht gerade viel, aber immerhin genug, um sein Leben fristen zu können. Ganze drei Monate hielt er so aus, bis ihn der Zufall den Hotelbesitzer und unfreiwilligen Gastfreund Jakob Singer in den Straßen von Risza in den Weg trieb. Der Hotelier stellte seinen Kunden, der versprach alles ins Reine zu bringen und zum Beweis seines guten Willens auf der Stelle 400 Franken erlegte. Den Rest versprach er von zu Hause zu schicken.

Als die versprochene Bezahlung ausblieb, erstattete der Hotelier Singer bei der Prager Staatsanwaltschaft gegen seine zwei Gäste die Betrugsanzeige. Auf diesen Sachverhalt beruht die heute verhandelte Anklage.

Die Angeklagten gaben den Sachverhalt zu, bestritten aber jede betrügerische Absicht. Sie seien „unvorhergesehenweise“ in Monte Carlo um ihr Geld gekommen. Im übrigen würden sie gerne bezahlen, wenn sie nur das Geld dazu hätten. Sie bezeichnen die geforderte Summe des Hoteliers (2709 Franken, d. i. 3608 K) als übertrieben. Insbesondere betonte der Hotelagent, daß er von seinem Geschäftsfreund Jakob Singer eine kulantere Berechnung erwartet hätte. Es handle sich um ein rein zivilrechtliches Verhältnis und sie würden den Betrag gerne bezahlen, sobald sie im Besitz der entsprechenden Summe sein würden.

Der Gerichtshof kam nicht zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagten in betrügerischer Absicht gehandelt hätten und fällte ein Freispruch.

Der Originalität halber wäre hier auf die obersterichterliche Judikatur zu verweisen, die dahin lautet, daß die Erhaltungskosten eines lebenden Pfandstückes zu Lasten des betreibenden Gläubigers gehen. Diese Judikatur handelt freilich nur von Tieren, es ist nicht einzusehen, warum ein Mensch, der zum Pfandstück degradiert wird, schlechter gestellt sein soll, als seine vierfüßigen Kollegen. rb.

Der Film

Oesterreichs Abwehr gegen deutsche Autarkie.

Gestern trat in Wien der Filmbund (Vereinigung der künstlerischen und technischen Mitarbeiter der Filmherzeugung Oesterreichs) zu einer Vollversammlung zusammen und beschloß mit Rücksicht auf das neue deutsche Filmkontingentgesetz, durch das die österreichischen Filmschaffenden in Deutschland schwer bedroht sind, folgende Abwehrmaßnahmen:

Die gegenwärtig gültigen Durchführungsbestimmungen zur österreichischen Kontingentverordnung, die bisher den deutschen Staatsangehörigen gegenüber in der entgegenkommendsten Weise gehandhabt wurden, werden von nun ab gegen diese mit aller Strenge durchgeführt werden. Bei Freilegung der neuen Durchführungsbestimmungen wird der Filmbund mit aller Macht dafür kämpfen, daß die bisher dem deutschen Film gewährten Begünstigungen bei der Einfuhr nach Oesterreich gänzlich aufgehoben werden. Diese Forderung wird von den übrigen im Filmbereich vertretenen Arbeitnehmerorganisationen nachdrücklich unterstützt. Der Filmbund und die mit ihm kartellierten Verbände werden so lange an diesen Beschlüssen festhalten, bis in den deutschen Kontingentbestimmungen wieder, wie vor dem 1. Juli, die völlige Gleichstellung der

in Deutschland tätigen österreichischen Filmschaffenden mit den deutschen Arbeitnehmern gewährleistet ist.

So sehr auch jede Beschränkung der künstlerischen Freiheit und des übernationalen Gedankens der Kunst zurückgewiesen werden muß, diese Abwehrmaßnahmen des österreichischen Films gegen die Artmaßnahmen des reichsdeutschen Papenheimer wird verständlich sein. Es ist tatsächlich unerträglich, daß jene Regierung, die das alldemokratische Lied in allen Tonarten singt, durch ihren aufliegenden Unverstand sogar die kulturelle Einheit des deutschen Volkstammes zerstört und sich nach Gesichtspunkten richtet, die den Geistesinteressen des Deutschums direkt zuwiderlaufen. Wenn der heute in Deutschland herrschende Kurs nicht bald die verdiente Abfuhr erhält, wird nicht nur die künstlerische Zusammenarbeit mit den anderen Nationen, sondern auch mit den nicht durch das Papenheimer begünstigten Deutschen aufhören: das ist wohl jenes so berühmte Interesse der nationalen Konzentration! B. S.

Sport • Spiel • Körperpflege

Siechtathletischer Wettkampf der Senioren

Aus Prag—D.D. Prag II., dol.

Heute Samstag wird auf dem Turuplav (Seginzel) ein siechtathletischer Vereinswettkampf zwischen den Senioren des Atus und der D.D. II., dol., ausgetragen, der folgende Wettbewerbe vorsieht: 60- und 1000-Meter-Laufen, Diskus- und Speerwerfen, Kugelstoßen, Hoch- und Weitsprung. Beginn der Veranstaltung: 4 Uhr nachmittags. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Eintritt frei.

Erwerbslosigkeit und Sportvereine.

Das Vereins- und Verbandsleben der Sportler leidet durch die Krisenzeit außerordentlich stark. Die Erwerbslosigkeit hat schleppenden Eingang der Beiträge zur Folge; aber die Ausgaben der Vereine und Verbände sind nicht gekunt. Im Gegenteil, viele Gemeinden haben die Ausgaben der Vereine für Benutzung von Turnhallen und Plätzen erhöht. Daß die Erwerbslosen die geiststötende Zeit zum Teil mit auswendigem Spiel und Sport ausfüllen, ist eine erfreuliche Erscheinung. Daß ihnen dazu die Vereine das Spiel- und Sportgerät zur Verfügung stellen, ist nicht hoch genug anzuerkennender Dienst an der Erhaltung der geistigen und körperlichen Verfassung der Erwerbslosen, besonders der erwerbslosen Jugend. Die dadurch eintretende erhöhte Abnutzung der Geräte und Sportplätze vergrößert außerordentlich die Sorgen der Vereinsleitungen um den finanziellen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben — wenn von Ausgleich überhaupt noch zu sprechen ist. Unter diesen traurigen Verhältnissen leiden besonders die Arbeiter-Turn- und Sportvereine.

Wie ungleich schwer sich die Erwerbslosigkeit in den Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Deutschland auswirkt im Gegenfah zur Deutschen Turnerschaft, darauf lassen die Erhebungen beider Verbände am Jahresanfang 1932 schließen, die sie über die Zahl ihrer erwerbslosen Mitglieder gemacht haben. Die Deutsche Turnerschaft meldet für 1931 244.773 Erwerbslose, das sind 21,4 Prozent ihres Mitgliederbestandes. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund dagegen hat bei seinem niedrigeren Mitgliederbestand ebenfalls 241.494 Erwerbslose, das sind 46,9 Prozent. Die stärkste Erwerbslosigkeit ist von der Deutschen Turnerschaft in ihrem Kreis Pfalz mit 28,7 Prozent errechnet worden. Im Arbeiter-Turn- und Sportbund herrscht die größte Erwerbslosigkeit unter den Bundesmitgliedern des Kreises Rassel, Provinz Südbahnhof, von denen 63,9 Prozent ohne Arbeit sind. Trotzdem weist dieser Kreis im ersten Vierteljahr 1932 nur den geringen Verlust von 80 Mitgliedern auf. Ein Zeichen dafür, daß in Zeiten schwerster Not der Arbeiter-Turn- und Sportbund wertvolle Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse leistet und in seinen Grundfesten unerschütterlich dasteht.

Bürgerlicher Sport.

Nur zwei Ausländer in einer Mannschaft — in der Schweiz. Der Schweizer Fußballverband hielt vor kurzem seine Generalversammlung ab, auf welcher u. a. Anträge angenommen wurden, die sich vor allem gegen die Teilnahme von ausländischen Spielern wenden. Es wurde für jene Ausländer, die nach dem 31. August 1929 in die Schweiz kamen, eine Karenzfrist von drei Jahren festgesetzt, ebenso für Studenten-Spieler. Ab 1. Juli 1933 dürfen in den Mannschaften der National-Liga und der 1. Liga nur je zwei Ausländer verwendet werden. — Unser deutschbürgerlicher Fußballverband muß erst Kommissionen mit dieser Angelegenheit beschäftigen!

Die amerikanischen Leichtathletik-Weltreorde — ein großer Schwindel. Kurz vor Beginn des bürgerlichen Olympia stellt sich durch die Aufrichtigkeit einiger amerikanischer Trainer heraus, daß die in letzter Zeit in die Welt hinausposaunten Weltreorde alles andere seien, nur keine Weltreorde. Verfrühtes Stoppen ließ diese Weltreorde entstehen. So mußte Carrs Weltreorde über 400 Meter annulliert werden, da die filmelektrische Zeitnahme nur eine Zeit von 47,1 Sek. ergab! Für die 110 Meter Hürden Rellers zeigte die elektrische Uhr nicht 14,4, sondern 14,6 Sek., und Graber, der einen neuen Weltreord im Stabhoch mit 4,267 Meter aufstellte, schwebt bei diesem „Rekord“-Sprung nicht weniger als einen Viertelmeter über der Latte, wie der Film zeigt.

Spieler und kein Geld. Der Wiener Profionalklub Wacker hat die Wettspielreise in Polen porzeitig beendet, da seine Gegner die vereinbarte Spielentschädigung nicht ausbezahnten.

Felsen ohne Berge.

Nicht immer wiederholt sich die Schönheit der Natur. Es gibt Landschaftsgebilde, die man nur an einem Punkt der Erde zu sehen die Möglichkeit hat, deren Eigenart in gleicher Form nicht wiederkehrt. Diese Behauptung gilt, wenn wir schon von den Naturschönheiten unseres Landes sprechen, vor allem für das Felsengebiet von Adersbach und Weckelsdorf. Hier wachsen die Felsen offenbar direkt aus der Erde heraus. Mächtige Kolosse eng nebeneinander, stehen zu Hunderten da, belebt durch das Grün der Bäume, das Moos und Farne. Die Felsengebilde, geschaffen durch Jahrtausende und das Wasser, locken seit Jahrzehnten mehr als irgend ein anderes Gebiet unseres Landes, Jahr für Jahr Zehntausende zu Besuch. Wer das Riesengebirge durchwandert, verfaunt es selten die kurze Strecke nach Adersbach zu fahren, um nach Besichtigung der Adersbacher Felsen, deren Schönheit durch einen hochgelegenen Teich belebt wird, und dadurch geradezu eine romantische Steigerung erfährt, eine halbe Stunde des Weges weit nach Weckelsdorf zu pilgern, um die Fortsetzung dieser Felsenwelt zu bewundern. Man wandelt

stundenlang auf gutgepflegten Wegen, um immer wieder aufs neue über die Bilder, die sich dem Fremden bieten, beglückt zu sein. Viele von diesen Felsriffen haben im Laufe von Jahrhunderten besondere Formen angenommen, die ihnen zu ganz eigentümlichen Namen verholfen. Wer ein bisschen Phantasie mitbringt und die launigen Erzählungen der Führer hört, der findet, daß einige dieser Namen in der Form des Felsens eine gewisse Begründung haben.

Die Schönheit des Felsengebietes wird nicht nur durch die Form des Gesteines, durch die Vegetation, durch die Wässer gehoben, sondern auch durch das wunderbare Echo, das an einzelnen Stellen der Weckelsdorfer und Adersbacher gehört werden kann. Ein simpler Leierkasten zaubert dem Besucher der Felsen den mächtigen Ton einer Orgel, dessen Gewalt durch die wunderbare Akustik eines massiven Domes gehoben wird, vor. Böllerschüsse, Trompetensignale hört man in immer reinerer Tonart von Felswand zu Felswand getragen lange Zeit wiedererklingen.

Aber auch sonst bietet die Gegend von Adersbach und Weckelsdorf einen sehr angenehmen Aufenthalt, vor allem jetzt, da in Adersbach in prächtiger Lage ein Strandbad angelegt wurde, das direkt bei den Felsen, die Schönheit dieser Felsstrecke wesentlich erhöht und vor allem den Wanderern eine erwünschte Erquickung bringt. Auch Weckelsdorf hat in den letzten Jahren in sehr guter Lage ein Bassinbad geschaffen, das auch den verwöhntesten Ansprüchen an ein modernes Bad genügt.

Im übrigen sind sowohl Adersbach als auch Weckelsdorf auf den Fremdenverkehr in jeder Hinsicht eingerichtet und unterscheiden sich, zieht man die Herbergstätten für Fremde in Betracht, durch nichts von größeren Kurorten unseres Landes. Wenn die Befichtigung in Adersbach und Weckelsdorf den Aufenthalt an Zeit und Geld noch nicht bezahlt zu machen scheint, der hat die Möglichkeit von Weckelsdorf eine knappe Bahnstunde in das Traunauer Ländchen hinüber zu fahren, um das Sterngebirge kennen zu lernen. Wer sich für Steine interessiert, der wird nicht ver-

saunen von Adersbach aus, ganz gleich ob zu Fuß oder mit der Bahn, Radowitz zu besuchen, um das Ursprungsland des versteinerten Holzes kennen zu lernen. Hier findet er die schönsten Stücke versteinerten Holzes, die noch in großer Zahl aus früheren Jahren blieben, als man mit aller Welt einen richtigen Handel mit versteinertem Holze trieb, und die nunmehr den Naturschutz genießen. Zur Vervollständigung des Bildes sei noch erwähnt, daß vor wenigen Wochen in den Adersbacher Felsen eine Gedentafel Goethes enthüllt wurde, da auch der Dichterkurfürst seinerzeit die Stege der Felsenwelt durchwanderte, wie übrigens eine Reihe bedeutender Menschen die erste beste Gelegenheit wahrnahmen, um einen der schönsten Landstriche Böhmens kennen zu lernen. Den größten Prozentsatz der Besucher stellt neben den tschechoslowakischen Besuchern das Deutsche Reich, denn unweit von Adersbach scheidet die Grenze der zwei Länder. Wer mit wenig Geld viel erleben und viel genießen will, dem sei der Besuch von Adersbach und Weckelsdorf besonders empfohlen.

Reichenberger Naturfreundehaus Königshöhe
Im Isergebirge. Seehöhe 550 Meter. Post Johannesberg bei Gablonz a. N., von der Autobahnstetelle Friedrichswald (Breitstraße) 30 Minuten. — Oeffentliche Telefonsprechstelle. (Nebenamt von Reichenberg). — 50 Betten. 100 Matratzenlager. D. J. H. Wannen- und Brausebäder. Badereich. Zentralheizung. Dunkelkammer. Sanitätsstation. elektrisches Licht. — Gute, preiswerte Verpflegung. — Billige Übernachtung. — Idealer Wintersportplatz. — Herrliche Sommerfrische. 1697

Hotel Rathaus, Neuern im Böhmerwald.
15 Fremdenzimmer, warm und kalt fließendes Wasser. Neuzugereichte! Garage. Telefon Nr. 33. Pension von Kč 25.— bis Kč 34.—. 1682

Radium-Palace-Hotel
bietet auch Ihnen die Möglichkeit, die verlorene Gesundheit wieder zu erlangen durch die besonders ermäßigte **Radium-Pauschal-Kur** 1690
Im August: Kč 2500.— für 3 Wochen; Kč 3300.— für 4 Wochen. In der Pauschalkur sind erstklassige Verpflegung, Unterkunft, Radiumbäderkur, Arzteleitung sowie sämtliche Taxen und Abgaben inbegriffen. Nähere Auskunft durch die Direktion des R. P. H. St. Joachimsthal.

KURANSTALT REICHENBERG
Physikal. diätet. Heilmethoden — Schrothkuren
Mäßige Preise — Chelarzt Dr. J. Neugebauer

Besuchet das Alaunsee-Strandbad KOMOTAU
1686

Herzheilbad Konstaninsbad bei Marienbad.
Behandlung für Gicht, Rheumatismus, Nerven, Blähungen, Frauenleiden usw. Fortschrittliche Moor-, mineral. Kobleinläufe, Sool- und Schmelzbäder, Strahlbad, Hochdruckwasserleitung, Radfahrerzimmer von 6 Kč pro Person aufwärts. Pensionpreis von 20 Kč aufwärts. Ermäßig. für Aders-Ruhstage und Herbstkonzerne. Wohnungskategorie und Ausstattung erstellt: Gemeindevorstand Konstaninsbad. 1700

Radiumheilbad St. Joachimsthal bei Karlsbad.
Einmaliger Ort Europas, an dem das Radium in Substanz gewonnen wird. Frühliche Lage am Fuße des Reiterbergmassivs in nächster Nähe von Karlsbad (täglich Autobusverbindungen). Ganzjährig geöffnet. Doppelzimmer von 10 bis 15. Badelut (Trinitur), Inhalation, Elektrisierung. Auskünfte durch das Hädt. Kur- und Verkehrsamt St. Joachimsthal (Telephon 45). 5374

VERSUCHET Herzheil- und Moorbad LIEBWERDA
1696 im Isergebirge und sein Wasser

ERHOLUNGSHEIM Mähr.-Altstadt
Nordmähren Seehöhe 550 m unterhalb des Spiegeltitzer Schneeberges
Das Erholungsheim ist mit allen Anforderungen moderner Hygiene ausgestattet. — Elektro-, Hydro-, Licht- und Inhalations-Therapie. — Diätetiken. Verpflegungskosten Kč 30.— täglich. Bei Kassenmitgliedern gewährt die Zentral-Sozialversicherungsanstalt 33 und 50prozentige Beiträge.
Anmeldungen und Auskünfte erteilt die Bez.-Krankenversicherungsanstalt Mähr.-Schönberg. 1683

MARKT EISENSTEIN
Besuchteste Sommerfrische des Böhmerwaldes
Prospekte kostenlos durch Gemeindeamt und Kurverein

Waldsanatorium Dr. Scheinburg, Zuckmantel — Schlesien.
Wie wir hören, ist in dieser bekannten Anstalt, die zu den größten und besteingerichteten der Republik gehört, die Saison bereits in vollem Gange und sind auch bereits für die nächsten Monate zahlreiche Anmeldungen vorhanden. Dies ist ja auch leicht verständlich, da die Not der Zeit an dem Gesundheitszustand jedes Einzelnen übergroße Anforderungen stellt und dadurch hervorgerufene Schäden in derartigen Sanatorien am besten Heilung finden. Einen wesentlichen Anziehungspunkt bilden die billigen Pauschalkuren, wodurch auch mit Glücksgütern milder Gesegneter die Möglichkeit geboten ist, für ihre Erholung und Genesung das Nötige vorzunehmen. 1684

Sanatorium Chelarzt MUDr. Magnus Wölz
Theresienbad Aerzte
Pauschalpreise Prospekte bei Teplice-Schnöu Eichwald

Hotel Café Atlantis, Frauenbad und Fledermaus-Bar
1691 Inh. Rud. Kirchner.

Sommerfrische Weseritz
herrlich gelegenes Naturstrandbad, Waldnähe, nach Konstaninsbad (25 Min. zu Fuß). Reichliches, gutes Mittagessen ab Kč 6.—. Saubere Zimmer pro Bett und Tag Kč 4.— bis 5.—. Ausk. erledigt das Bürgermeisteramt.

Bad Königswart bei Marienbad. Autom. Tel. 4921.
Moor-, Stahl-, Kohlen säure- und andere Bäder, Triak- u. Heilquellen, 723 m u. M., herrliche, geschützte Lage, mit prächtiger Fernsicht, Schnellzugstation Eger-Prag. Saison: Mai-September. Pauschalkuren um 1350 Kč für 21 Tage von Mitte Juni und ab 15. August. Prospekte beim Bürgermeisteramt erhältlich. 1692

Meldet freie Posten
Iosort dem Allg. Angestellten-Verband Prag II., Jüngerovo nám. 4. Telephon 51351.

führt. Das Fest findet bei jeder Witterung statt und beginnt um 3 Uhr nachmittags. Eintritt: 2.40 Kč. Die Genossinnen und Genossen werden er sucht, diesen Tag freizuhalten und durch zahlreichem Besuch die Veranstaltung zu unterstützen.

Sozialistische Jugend, Prag Gruppe I.
Sonntag, den 24. Juli, Wanderung ins Berauntal. Wir wandern in drei Gruppen und kommen bei Rozpsh an der Beraun zusammen. Die beiden Wandergruppen versammeln sich um dreiviertel sieben Uhr bei der Endstation der Ser Elektrischen in Hlupo. Čepn, die dritte Gruppe kommt um halb acht Uhr zum Smichover Bahnhof. Am Nachmittag stoßen auch die Paddelbootfahrer zu uns.

„Garden von einer Kinderlandschaft.“ Roman von Erik Graf Widenburg. Verlag Bruno Cassirer, Berlin. Man ist erstaunt und man freut sich, daß in dieser Zeit auch solche Bücher noch geschrieben werden. Ein feines stilles anmutvolles Buch, erzählend von einem Knabenleben. Ein Jahr aus diesem Kinderdasein. Nichts großes geschieht. Nur Gedanken und Gefühle eines Kindes sind registriert über seine Eindrücke in Schule und Elternhaus, über das erste noch unklare Bewußtwerden seines Ich und über allerlei kleine Erlebnisse mit ihren Freuden und schmerzlichen Eindrücken. Die Bezeichnung des Buches als Roman ist wohl nicht ganz zutreffend, es sind nur Episoden darin, immerhin ergibt sich aus den vielen kleinen Einzelstücken des Dichters ein zusammenfassendes Bild. Ein Buch, das einem die Kindheit mit ihren Ängsten und Freuden aufsteigen läßt und das man sich gewinnt. —r.

Aus der Partei
Jugendbewegung.
E. J. L. (Die neugewählte Gruppenleitung) setzt sich folgendermaßen zusammen: Lömann: A. Bauer, Stellvertreter: A. Weber, Schriftführer: Rolf Schwab, Stellvertreter: Stief, Fuchs Marie, Kassier: Max Ullmann, Stellvertreter: Arobot, Dömel Antonie, Kontrolle: Schwab Ritz, Fuchs, Erwin, Wanderführung: Klauscher, Fuchs Frieda. Leiter der Musiksektion: Arobot, Rolf Schwab. Leiter der Wandzeitung: Bauer, Ullmann Max. Jugendschutz: Wolfert, Ullmann Max.

Literatur
„Spanien heute.“ Ein Reisebericht. Von Iija Ehrenburg. Wallf-Verlag, Berlin. Preis 3.20 Mark, geb. 4.80 Mark. Iija Ehrenburg verfügt über die Gabe, interessant und fesselnd zu schreiben, seine Einstellung ist freilich eine solche, daß sie oft kritischste Stellungnahme herausfordert. Das gilt vor allem diesem Bericht über seine Reise in dem zur Republik gewordenen Spanien gegenüber. Auf dieser Reise hat Iija Ehrenburg die eigentlich nur für ihn überraschende Feststellung gemacht, daß die Beseitigung der Monarchie und die Errichtung der Republik in Spanien die wirtschaftliche Unterdrückung der Besitzlosen noch nicht zu beseitigen vermochte und daß das unter der Monarchie gezüchtete Elend der spanischen Landarbeiter kaum noch eine Änderung erfahren hat. Der Autor kommt bei dieser Wahrnehmung zu einem für die Republik und Demokratie höchst abfälligen Urteil, das bei seiner sowjetfreundlichen Gesinnung wohl schon von vornherein feststand und er unterläßt es, sich darüber Rechenschaft zu geben, wie Spanien erst aussehen würde, wenn es nicht den Uebergang zur demokratischen Republik vollzogen, sondern den Sprung in den Bolschewismus gemacht hätte. Wie manche andere Dichter und Literaten, die das Zeitgeschehen als ungebändigte Riege beobachten, ist Iija Ehrenburg nicht geneigt, politische Fortschritte als Vorbedingung für den sozialen Aufstieg der ausgebeuteten Klassen anzusehen, er kennt auch keine Kompromisse mit den Machtverhältnissen und sonstigen Tatsachen. Kritisch gefeiert bietet das neueste Buch Ehrenburgs dennoch viel des Beachtenswerten, denn er ist ein glänzender Schilderer und Erzähler. —r.

„Alle Wege führen zu Franz.“ Roman von Käte Biel. Verlag E. P. Tal u. Co., Wien-Leipzig. Das mit dem Literaturpreis des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes ausgezeichnete Buch beschäftigt sich nicht mit Zeitproblemen und doch ist es in gewissem Sinne ein Zeitbuch, denn die „Helbin“, deren Geschichte es erzählt, ist ein Pfälzchen.

wie es nicht gerade in vereinzelt Exemplaren auf dem Sumpfboden unserer Zeit ersprieht. Irma Zieberhelm ist die Tochter einer Hamburger Kleinbürgerfamilie, doch ist sie auch anderswo zuhause. In dürftigen, muffigen Verhältnissen aufgewachsen, lernt sie bald mit angeborener Schlaueit sich das Amusement zu verschaffen, nach dem sie ihr tierhaftes Wesen treibt, durchsicht frühreif und in jeder Beziehung un sentimental die Schule der Liebe, konsumiert eine Reihe von Liebhabern, mit denen sie ihr raffiniert-verlogenes und berechnendes Spiel treibt, engagiert sich bei keinem mit irgendeinem seelischen Gefühl, weiß Raubheit und Sittenreinheit glänzend vorzuführen. Ihrer Verliebtheit und Verderbtheit gegenüber spielen alle Männer ein mehr oder minder lächerliche Rolle und schließlich versteht sie es, einen wohlstehenden Mann, der sie heiraten wird, einzufangen. Die Männer, die gebildet von einem hübschen Lärchen, in jedes Mädchen Gretchenhaftigkeit hineindichten, erfahren eine peinliche Belehrung. Käte Biel hat hier ihr Erstlingswerk geschrieben, doch es ist so, daß es volle Aufmerksamkeit verdient. Sie erzählt einfach und knapp, doch glänzend, humorvoll, prägnant und scharf ironisierend, so daß man an dem Buche lebhaftes Vergnügen empfindet. —r.

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Cechoslovakischen Republik.
Hauptanstalt: Prag II., Bredaergasse 14.
Zweigabteilungen:
Aussig, Brünn, Eger, Jägerdorf, Reichenberg, C. Teschen, Trautenau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden. 1427

Vereinsnachrichten
Sonntag, den 24. Juli, um halb 7 Uhr Strašnic, Neues Krematorium nach Božernice, führt Gröger. Samstag, den 30. Juli, um halb 4 Uhr in Smichov, Café Westend, Fahrt nach Sídchovice zu den Stromschnellen, führt Schaffer.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.
Voranzeige! Am Sonntag, den 31. Juli, findet auf dem Turnplatz (Helm) ein Sommerfest statt, das gemeinsam mit den Genossen der D.D. veranstaltet wird. Auf dem Programm u. a. Tanz, Tombola und verschiedene Belustigungen. Die Musik wird von der Kapelle der D.D. überaus-

Buch- und Kunstdruckerei
1701
Modernste Druck- und Setzmaschinen.

ARNO PLAUERT
Werkzeugmaschinenfabrik
Warnsdorf
Sämtl. Maschinen für die Metallbearbeitung in modernster erstklassiger Ausführung. 571

S. J. Prag, Gruppe I.
Werbet für Böh.-Kamnitz!
13. und 14. August 1932!

FRANZ HOFMANN
KÖNIGINHOF a. E. — Telephon Nr. 5.

Druckerei: Elektrisch Druck. — Schriftsetzer: Wilhelm Richter. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Sitavský, Prag. — Druck: „Kob“ K. S. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. — Die Zeitungsmaschinen wurden von der Voh. u. Telegaphenfabrikation mit Ulrich Nr. 13.800/VII/1930 beschafft. — Druckbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierjährig Kč 60.—, halbjährig Kč 36.—, ganzjährig Kč 48.—. — Zusätze werden laut Local Anzeigen. Bei Abwesenheit des Abonnenten wird die Zeitung an den nächsten Verwandten des Abonnenten zugestellt. — Rückzahlung von Abonnements erfolgt nur bei Einzahlung des Abonnements.